

Auf dem Weg zu einer inklusiven Grundschule | Luftschloss „Deutschland sucht den Superstar“

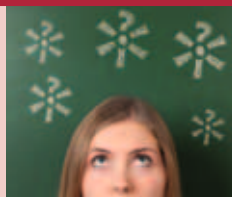
Einsatz von Lehrkräften in der OGS | Schulleitungsqualifikation



Wahlprüfsteine

Aus unserer Sicht

VBE – Mission possible! 3

Thema**Wahlprüfsteine**Der VBE fragt –
die Landtagsfraktionen
antworten 4-13**Bildungspolitik****Arbeitskreis „Sozialpädagogische Arbeit in der Schuleingangsphase“**Auf dem Weg zu einer inklusiven Grundschule 14
Und jetzt Sekundarschule?! 14**Nachrichten**Jedes Jahr Bildung bringt mehr Einkommen.
Startschuss für PISA 2012 15**Berufspolitik**Einsatz von Lehrkräften in der OGS 16
Schwarze Liste 16
Aufsicht an der Bushaltestelle 16**Veranstaltung**

Schulleitungsqualifikation 17

VBE-Newsletter

Nachrichten aus dem Bundesverband 18-19

SchulpraxisLuftschloss DS DS 20
Schule: Wohlfühlfaktor Fehlanzeige 21**Tipps**Pflegeversicherung 22
Für alle ab 55plus:
Eine ganz besondere Unfallvorsorge 23**Senioren**

... und dann gehen wir in Pension 24

VBE-regionalKV Minden-Lübbecke, OV Warstein, StV Bielefeld,
OV Geldern, StV Gelsenkirchen 25-27**Medien**

Büchermarkt 28-30

Impressum:

SCHULE HEUTE – Information und Meinung
erscheint monatlich – mindestens zehnmal jährlich**Herausgeber:****Verband Bildung und Erziehung (VBE)**
Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.
Gesamtverband der Lehrerinnen und Lehrer,
Erzieherinnen und Erzieher im dbb NRW,
Westfalendamm 247, 44141 Dortmund,
Telefon (02 31) 42 57 57 0, Fax (02 31) 42 57 57 10**Produktion:****VBE Verlag NRW GmbH**
Westfalendamm 247, 44141 Dortmund,
Telefon (02 31) 42 00 61, Fax (02 31) 43 38 64
Internet: www.vbe-verlag.de, E-Mail: redaktion@schuleheute.de
E-Mail Anzeigenverwaltung: info@vbe-verlag.de**Anzeigen:**dbb verlag GmbH, Mediacyber, Dechenstr. 15 A, 40878 Ratingen
Tel.: 02102 / 74023-0, Fax: 02102 / 74023-99, E-Mail: mediacyber@dbbverlag.de
Anzeigenleitung: Petra Opitz-Hannen, Tel.: 02102 / 74023-715
Anzeigenverwaltung: Britta Urbanski, Tel.: 02102 / 74023-712
Anzeigentarif Nr. 8, gültig ab 1.01.2012**Redaktion:**Herbert Boßhammer (Schriftleiter),
VBE-Landesverband NRW, Westfalendamm 247, 44141 Dortmund,
Telefon: 0251/3 84 87 81; Telefax: 0251/3 84 87 82
E-Mail: h.bosshammer(at)vbe-nrw.de
Udo Beckmann
E-Mail: redaktion(at)schuleheute.de
Internet: www.vbe-nrw.de
Melanie Gerks (Pressereferentin)
E-Mail: m.gerks(at)vbe-nrw.de**Druck:**

Gebrüder Wilke GmbH, Oberallener Weg 1, 59069 Hamm

Satz und Layout: my-server.de GmbHWambeler Hellweg 152, 44143 Dortmund
in Zusammenarbeit mit Kirsch Kürmann Design
Wittekindstr. 11, 44139 Dortmund
Titelbild u Seite 2: fotosipsak/istockphoto.com
Foto S. 3 und S. 32: Fotolia.de / Blend Images**Anschriftenverwaltung:**

VBE-Landesgeschäftsstelle, Westfalendamm 247, 44141 Dortmund

Mitglieder erhalten diese Zeitschrift **kostenlos als Verbandsorgan**.
Abonnement 19,00 EUR, Einzelheft 2,00 EUR, zuzüglich Versandkosten.
Bei Nichtlieferung infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch.
Die Artikel werden nach bestem Wissen veröffentlicht und erheben
keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Rechtsansprüche können aus der
Information nicht hergeleitet werden.Die Artikel sind urheberrechtlich geschützt. Ein Nachdruck, ganz oder
teilweise, ist nur mit der Genehmigung der Redaktion, die wir gern
erteilen, zu gezeichneten Beiträgen mit der des Verfassers bei
Zusendung eines Belegexemplares gestattet.Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernehmen wir keine Gewähr.
Die Einsender erklären sich mit einer redaktionellen Prüfung und Bearbeitung der
Vorlage einverstanden. Die Rücksendung erfolgt nur, wenn ausreichendes Rückporto
beiliegt. Die Redaktion behält sich vor, redaktionelle Kürzungen der eingesandten Texte
vor der Veröffentlichung vorzunehmen. Die Besprechung ohne Aufforderung
zugesandter Bücher bleibt der Redaktion vorbehalten.Die namentlich gekennzeichneten Artikel geben die Ansicht der Verfasser wieder und
entsprechen nicht in jedem Fall der Redaktionsmeinung.**Redaktionsschluss jeder Ausgabe ist der 1. des Vormonats.**

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier.

Beilage, wenn erschienen: Der öffentliche Dienst an Rhein und Ruhr.

ISSN-Nr.: 0342-751X

VBE – Mission possible!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Vor der nordrhein-westfälischen Landtagswahl überbieten sich die Parteien mit mehr oder weniger aussagekräftigen Wahlkampfplakaten. Die SPD plakatiert mit „Currywurst ist SPD“, die Grünen bringen sich mit „Jede Kraft braucht einen Antrieb“ ins Gespräch. Auch der VBE betont seine Stärken. Inhaltslosigkeit mit Soße kommt uns jedoch nicht in die Tüte. Im Rahmen der Personalratswahl 2012 setzen wir unsere Mission, mehr Gerechtigkeit wa(a)gen, unbeirrt fort. Ein Auftrag mit vielen Hürden und einigen Fallen – und doch nicht unmöglich.



Unsere Vision ist es, ein Bildungssystem zu erreichen, das geprägt ist von mehr Chancengleichheit, mehr Bildungsgerechtigkeit und der Gleichwertigkeit der Lehrämter. Eine „Mission possible“? Wir glauben: Ja! Denn dass sich Hartnäckigkeit irgendwann auszahlt, dass wir etwas bewegen können, haben die vergangenen Jahre deutlich gezeigt. Überzeugen Sie sich selbst und werfen Sie einen Blick in die Wahlkampfbroschüre des VBE. Hier erfahren Sie, was wir bereits erreicht haben, und welche Bedingungen aus unserer Sicht noch erfüllt werden müssen, damit Chancengleichheit sowie Bildungsgerechtigkeit von Anfang an sowohl für Lehrkräfte als auch für Schülerinnen und Schüler gewährleistet werden können.

Um unsere Ziele zu erreichen, werden wir auch die neue Landesregierung nach bewährter Manier unter Druck setzen. Denn es gilt, den Wandel unseres Bildungssystems so zu gestalten, dass er für Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher sowie Sozialpädagogen leistbar ist.

Der VBE hat die Parteien bereits jetzt in die Pflicht genommen und sie zu den bildungs- sowie berufspolitischen Kernthemen befragt. Auf den folgenden Seiten lesen Sie in den Wahlprüfsteinen die Stellungnahmen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und DIE LINKE.

Auf dieser Basis stellen wir als Ihre Interessenvertretung weiterhin kontinuierlich unsere Forderungen an die Verantwortlichen in der Politik. Auf große Posen verzichten wir dabei. Wir behalten lieber den Blick für das Wesentliche, wenn es darum geht, unsere Mission zum Wohle aller Beschäftigten zu erfüllen.

Der VBE bitte Sie bei der Personalratswahl 2012 um Ihre Stimme. Geben Sie Ihrer Stimme Gewicht.

Wählen Sie den VBE!

Handwritten signature: Mrs. Dornemann

Landesvorsitzender VBE NRW

VBE – Mission possible !

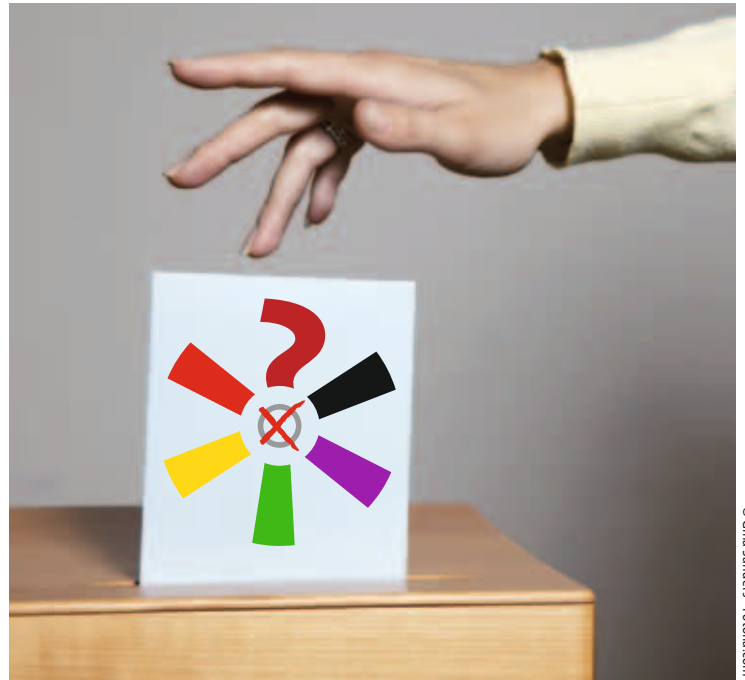
Gleiche Arbeit – gleicher Lohn



PERSONALRATSWAHL 2012

 **VBE wählen!**

WAHL PRÜF~~Ø~~ STEINE



© Gina Sanders - Fotolia.com

I. Teil: Schul- und Bildungspolitik



1. Schulstruktur

Die Beschlüsse der Bildungskonferenz sowie des parteiübergreifenden Schulkonsenses haben die Einführung der Sekundarschule als Regelschule ermöglicht.

Wie werden Sie gewährleisten, dass die Rahmenbedingungen der besonderen Heterogenität der Schülerschaft entsprechen. Wie stehen Sie dazu, dass die Sekundarschule die gleichen Rahmenbedingungen erhält wie die Schulen im Modellversuch Gemeinschaftsschule?



Da die Sekundarschulen vor allem aus der Zusammenlegung von Haupt- und Realschulen entstehen werden, dürfen diejenigen Lehrerinnen und Lehrer, die aus den ursprünglichen Schulen übernommen werden, bei der Umstellung auf die neue Schulform nicht allein gelassen

werden. Vor allem für den integrativen Unterricht in den Klassen 5 und 6 muss es ein verstärktes Fort- und Weiterbildungsangebot geben.

Bei der Gestaltung von Rahmenbedingungen ist vor allem eine gerechte Ausstattung aller Schulen erforderlich.



Da wir die Sekundarschule als Ort des längeren gemeinsamen Lernens auf den Weg gebracht haben, liegt uns der Erfolg dieser Schulform am Herzen.

Die Sekundarschule wird an vielen Orten die einzige Schule der Sekundarstufe I werden. Daher liegt der Klassenfrequenzrichtwert bei 25, das führt zu besseren Schüler-Leh-

rer-Relationen. Durch Fort- und Weiterbildungsangebote sollen die Kolleginnen und Kollegen auf die neue Schule vorbereitet werden. Die Lehrverpflichtung liegt bei 25,5 Lehrerwochenstunden. Bei Ganztags gibt es den üblichen 20%-Zuschlag.



Die Sekundarschule ist eine Schule, die die Bildungswege für alle Kinder offenhält.

Lehrkräfte sollen deshalb spezielle Fortbildungsmöglichkeiten und -Tage erhalten, mit der Vielfalt der Talente und Heterogenität gelingend umzugehen. Auch soll dies

stärker schon in der Lehrerbildung verankert werden. Die Höhe der Unterrichtsverpflichtungen wurde auf 25,5 Std. begrenzt. Außerdem ist die Größe der Lerngruppe wichtig.

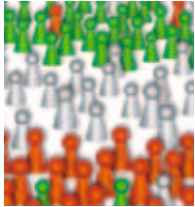


Wichtig ist es zunächst, andere Schulformen nicht kontinuierlich schlechter als Sekundarschulen zu behandeln, da dort ebenfalls eine vielfältige Schülerschaft unterrichtet wird. Hierzu zählen die Absenkung der Klassengrößen, das Recht auf ei-

nen bedarfsgerechten Ganztagsausbau und keine Schlechterstellung von Lehrerinnen und Lehrern an Real-, Haupt-, Förder- und Grundschulen bei der Unterrichtsverpflichtung.

DIE LINKE ist grundsätzlich für längeres gemeinsames Lernen. Heterogenität entsteht allerdings nur in der integrierten Form, nicht in allen Spielarten der Sekundarschule, weshalb wir die Änderung des Schulgesetzes als Mogelpackung ablehnen. Integriertes Unterrichten muss durch Aus-

Fort- und Weiterbildung gesichert werden sowie durch Kooperationszeit. Individuelle Förderung erfordert auch mehr Ausstattung und Räume. Die neuen Kooperationsaufgaben sind in die Regelarbeitszeit aufzunehmen!



2. Inklusion – Umsetzung von Artikel 24 der UN-Konvention

Auf der Grundlage des Artikels 24 der UN-Menschenrechtskonvention für Menschen mit Behinderung hat sich auch NRW verpflichtet, ein inklusives Bildungssystem auf allen Ebenen zu gewährleisten.

Wie wollen Sie dieses inklusive Bildungssystem umsetzen, damit Kinder sowohl mit als auch ohne Behinderung zu Gewinnern des gemeinsamen Lernens werden? Wie sieht dazu Ihr konkreter Zeit- und Umsetzungsplan aus? Welche finanziellen sowie personellen Ressourcen werden Sie dafür bereitstellen?

Bei der Umsetzung der Inklusion im Bereich Schule will die CDU vor allem:

- Beteiligung der Betroffenenverbände und Selbsthilfeorganisationen.
- Betonung des Elternwahlrechts für den besten Förderort und unabhängige Beratung, die die Eltern nicht unter Druck setzt.

- Überarbeitung des AO-SF-Verfahrens und gesondertes Antragsrecht von Eltern und Schulen auf sonderpädagogische Förderung.
- Doppelbesetzungen im gemeinsamen Unterricht.
- Garantierte Fortbildungs- und Beratungsmodule für alle Schulen, die den Weg der Inklusion gehen wollen.
- Gründlichkeit vor Schnelligkeit: Stufenplan, der die notwendigen Ressourcen transparent darlegt.



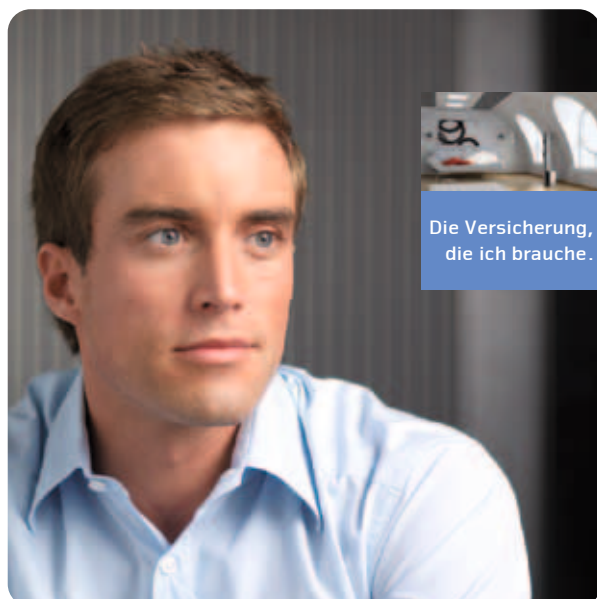
Die SPD-geführte Landesregierung hat die Basis für ein inklusives Schulsystem gelegt. Unser Ziel für den Umbau: Das Schuljahr 2012/13

Wir wollen Brückenlösungen und Schwerpunktbereiche unterstützen, um die Entwicklung ohne Brüche auf Kosten der Kinder zu bewältigen. Hierzu nutzen wir demo-

grafische Gewinne. Koordinatoren, multiprofessionelle Teams und Fortbildung unterstützen den Prozess. Wichtig ist, dass die bisher eingesetzten Ressourcen bei den Kindern landen, daher sind die Sozialleistungsträger mit einzubeziehen, um z. B. Unterstützung durch eine Begleitperson zu gewährleisten.



Anzeige



Die Versicherung, die ich brauche.

Die „Lehrerhaftpflicht“ der DOCURA Versicherung

Als Lehrer tragen Sie eine besondere berufliche Verantwortung – Schulschlüssel, Klassenfahrten, Schulausflüge. Sind Sie abgesichert? Wir kennen die Risiken in Ihrem Berufsleben – und das schon seit über 100 Jahren!

Engagiert, leistungsstark und günstig sind wir noch heute, deshalb unsere Empfehlung: die **DOCURA Berufs- und Privathaftpflichtversicherung** für Lehrer – ab 65,45 €.

Übrigens, wir haben auch eine sehr gute **Hausratversicherung!**

www.docura.de

DOCURA
VERSICHERUNGEN

Die Versicherung für Lehrer

☎ 0234-937150 Königsallee 57 44789 Bochum



Der Rechtsanspruch ab 2013/2014, ab Klasse 1 und 5, muss begleitet werden durch eine Aus- und Fortbildungsoffensive, Startbudgets für Vorreiterschulen, Unterstützung der Schulen, die ihre gute Praxis vermitteln, Etablierung von Zentren unterstützender Pädagogik (auch als temporärer Lernort in besonderen Fällen).

Inklusion ist Aufgabe aller Schulformen u. braucht angemessene Ressourcen (auch Sicherstellung aller demografischen Effekte). Die Schaffung eines inklusiven Bildungssystems muss konsequent und sorgsam erfolgen. Der Prozess wird Jahre brauchen.



Rot-Grün hat wiederholt die Vorlage eines Inklusionsplans verweigert und schließlich erklärt, dass es keinen geben werde. Kommunen haben keine Informationen zur Finanzierung. Ein Zeitplan muss sich an der Qualität und den Bedürfnissen der Kinder orientieren, nicht an Quoten. Förder-

schulen müssen erhalten bleiben. Wichtig sind Mittel für Fortbildungen, sächliche Ausstattungen und die notwendigen Sonderpädagogen. Insbesondere muss über Doppelbesetzungen in Inklusionsklassen diskutiert werden.



DIE LINKE hat im Antrag (Drs. 15/4283) ihre Planung dargestellt:

- zusätzlich 10.000 Sonderpädagoginnen, die mit einem Aus- und Weiterbildungsprogramm an der FernUni Hagen qualifiziert werden sollten;
- Förderschulen sollen sich zu Förderzentren entwickeln als Orte des fachlichen Austauschs, der temporären Be-

schulung und der Fortbildung;

- Klassen mit max. 20 Schüler(inne)n bei 4 mit sonderpädagogischen Förderungsbedarf;
- eine zweite (sonderpädagogische) Lehrkraft muss in eine integrative Klasse.



3. Kurze Beine – kurze Wege: Standortfaktor Grundschule

In einem parteiübergreifenden Beschluss haben sich die drei großen Parteien im aufgelösten Landtag für flexible Lösungen hinsichtlich des Erhalts von Grundschulstandorten ausgesprochen.

Wie werden Sie diese Vereinbarung nach den Landtagswahlen umsetzen?



Auf Initiative der CDU ist das Prinzip „Kurze Beine – kurze Wege“ in den Schulkonsens aufgenommen worden. Der derzeit in der Verbändeanhörung befindliche Gesetzentwurf zum neuen Grundschulmodell ist nicht mit der CDU abgesprochen worden. Er sieht eine Mindestzahl von 46 Schülerinnen und Schülern für den Erhalt eines kleinen

Teilstandorts vor. Die CDU stimmt dieser Mindestzahl nicht zu, sondern wird an der jetzigen Ausnahmeregelung von 36 Kindern festhalten, wenn der Teilstandort die letzte Grundschule am Ort ist und die Kommune diesen Teilstandort erhalten will.



Der Landtagsbeschluss vom Dezember 2011 legt die notwendigen Eckpunkte für die Änderung des Schulgesetzes fest. In der Zwischenzeit werden keine Maßnahmen ergriffen, die kleine Standorte gefährden könnten. Bereits jetzt ist jahrgangsübergreifender Unterricht möglich.

Kleine Standorte können im Sinne der Initiative „Kurze Beine – kurze Wege“ erhalten werden. Stufenweise wird der Klassenfrequenzrichtwert von 24,0 auf 22,5 gesenkt. Keine Klasse soll mehr als 29 Schülerinnen und Schüler umfassen.



Die Schulkonsensfraktionen haben begleitend zur Änderung des Schulgesetzes im September in einem Entschließungsantrag die Eckpunkte für ein Konzept der Sicherung des wohnungsnahen Grundschulangebots festgelegt. Dies war die Grundlage der Erarbeitung eines

Gesetzentwurfes der Landesregierung, der bereits in der Verbändeanhörung war, die weitergeführt wird. Wir werden dafür sorgen, dass der Gesetzentwurf nach den Wahlen schnellstmöglich eingebracht wird.



Die FDP hat das Konzept zum Erhalt von Grundschulstandorten grundsätzlich begrüßt und ihre Unterstützung erklärt. Hierbei ist die Senkung der Klassengrößen von besonderer Bedeutung. Der vorgelegte Gestaltungsrahmen ab 46 Schülern für eine

gesamte Grundschule ist angemessen. Bei einem begrenzten Ausdehnen des jahrgangsübergreifenden Unterrichts müssen den Lehrern die notwendigen Möglichkeiten zur Fortbildung bereitgestellt werden.

DIE LINKE fordert, dass schulfreie Zonen verhindert werden, aber nicht dadurch, dass das Land den Kommunen eine Gesamtmenge an Klassen zuweist, denn dann bezahlt man kleine Klassen in Minischulen durch Monsterklassen an anderen Stadtteilen.

DIE LINKE plädiert für die Absenkung des Klassenfrequenzrichtwerts in einem ersten Schritt auf 20 Schülerinnen und Schüler. Zudem sollten an kleinen Standorten die Erfahrungen mit jahrgangsübergreifendem Unterricht stärker in die Planung einbezogen werden.



© diego cervo - Fotolia.com



4. Stärkung des Elementarbereichs

Der Elementarbereich bildet das Fundament für ein erfolgreiches Lernen. Dieser Erkenntnis hat man in NRW mit der stärkeren Berücksichtigung des Bildungsbegriffs im KiBiz Rechnung getragen.

Wie will Ihre Partei verbindliche Qualitätsstandards für alle Kindertageseinrichtungen, ein hohes Maß an Qualifizierung der pädagogischen Fachkräfte und den dringend notwendigen Ausbau einer qualifizierten U-3-Betreuung sicherstellen?

Die CDU will den ab August 2013 geltenden Rechtsanspruch auf einen U3-Platz schnell und bedarfsgerecht erfüllen. Hierzu gilt es, den aus dem Jahr 2005 stammenden Ausbauplan (32%-Bedarfsquote) zu aktualisieren. Die CDU steht zu der ursprünglich vereinbarten Zielmarke von 3.000 Familienzentren.

Häufig wird die Arbeitskraft des Kita-Personals durch Büroarbeiten, hauswirtschaftliche Tätigkeiten etc. gebunden. Die Kitas müssen so ausgestattet werden, dass mehr Zeit für die Arbeit mit Kindern und ihre individuelle Förderung zur Verfügung steht.



Anzeige



Das Leben ist nicht immer planbar. Eine Pflegeversicherung schon.



Die DEUTSCHE PRIVAT PFLEGE bietet für Pflegebedürftigkeit die ideale Lösung. Passgenau und flexibel.

- Ohne Gesundheitsfragen
- Ohne Altersbegrenzung
- Leistung ohne Kostennachweis
- Versicherung für alle Pflegestufen
- Mit 24-Stunden-Pflegeplatzgarantie



Schon ab **5,80 EUR*** Monat erhalten Sie einen monatlichen Erstattungsbetrag von **1.500 EUR.**

*Beispiel (Mann, 55 Jahre alt): DEUTSCHE PRIVAT PFLEGE bei Pflegestufe III (stationär)

Wir beraten Sie gerne:
Telefon: 089/5152 2353 oder
info@oedmv.de

Ein starker Partner:
MÜNCHENER VEREIN
VERSICHERUNGSGRUPPE
Der Generationen-Versicherer



Unsere Stärke für Ihre Zukunft

SPD

Das sogenannte „KiBiz“ der CDU/FDP-Regierung wurde zu Recht als Spargesetz kritisiert. Bereits 2010 haben wir Gesetzänderungen als „Sofortmaßnahmen“ ergriffen. Eine weitere Novellierung wird folgen. Mit zusätzlichen Investitions- und Betriebskosten entlasten wir die Träger,

mit der Gebührenbefreiung die Eltern. Die erhöhte U3-Pauschale kommt der Qualität zugute: Soziale Brennpunkte erhalten mehr Mittel. Wir finanzieren zusätzlich 1.000 Erzieherinnen im Praktikum. Parallel geben wir 400 Mio. Euro Landesmittel in den U3-Ausbau.



Wir wollen ein neues Qualitäts-Kita-Gesetz schaffen, mit u. a. einem rechtsverbindlichen Erzieher/-innen-Kind-Schlüssel und eine Begrenzung der Gruppengrößen. Wir brauchen altersgerechte Bildungsziele auf der Basis eines ganzheitlichen Bildungsbegriffs und gelingender Sprachförderung. Kitas und Familienzentren in schwierigen So-

zialräumen brauchen besondere Unterstützung. Mit insgesamt 680 Millionen Euro Landesmitteln wollen wir bis 2013 gemeinsam mit den Kommunen den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab einem Jahr erfüllen.



Für die FDP haben Qualitäts- und Angebotsausbau in der frühkindlichen Bildung oberste Priorität. Es ist höchste Zeit, dass endlich die Bedarfsgerechtigkeit, Personalstruktur, Vertretungslösungen bei Krankheit, die Finanzierungsfrage von KiTa-Plätzen für gemeindefremde Kinder, die Unterstützung von Be-

triebskindergärten, eine Optimierung der Sprachförderung sowie die Stärkung der Kindertagespflege in Angriff genommen werden. Den U3-Ausbau gilt es mit einem unbürokratischen Konzept voranzutreiben.

DIE LINKE.

Das KiBiz muss durch ein neues Kita-Gesetz ersetzt werden, dass gemeinsam mit den Betroffenen entwickelt wird und in dem qualitative Standards wie u. a. maximale Gruppengrößen sowie verbindliche Personalschlüssel festgeschrieben werden. Die Erzieher/-innen-Ausbildung

soll aufgewertet werden und perspektivisch an den Fachhochschulen stattfinden. Der U3-Ausbau ist auf den realen Bedarf von landesweit mind. 50 % auszurichten und durch ein neues Ausbauprogramm voranzubringen.



5. Bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige Ganztagsangebote

Ganztagsangebote können nur einen Beitrag zur Qualitätsentwicklung und -sicherung leisten, wenn sie eine sinnvolle, altersgemäße Rhythmisierung und eine ganzheitliche, individuelle Förderung ermöglichen. Wie wollen Sie sicherstellen, dass die Empfehlung der Bildungskonferenz umgesetzt und ein bedarfsgerechtes sowie qualitativ hochwertiges Ganztagsangebot in allen Schulformen und Schulstufen mit qualifizierten und unterschiedlichen pädagogischen Professionen gewährleistet wird?

CDU

Den Ausbau des Ganztags will die CDU so gestalten, dass Ganztagsangebote den Eltern die nötige Wahlfreiheit lässt. Dafür sind flexiblere Regelungen für die Schulen notwendig, die sowohl den Halb- als auch den Ganztag

an einer Schule ermöglichen. Eine enge Zusammenarbeit mit den örtlichen Einrichtungen des Sports, der Kultur und der Kirchen ist für ein qualitativ hochwertiges Ganztagsangebot unerlässlich.

SPD

Wir setzen auf den Ausbau von Ganztagschulen. Die Einbindung von Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe, des Sports und des kulturellen Bereichs auf Augenhöhe ist dabei unverzichtbar. Zum kommenden Schuljahr 2012/13 sollen zusätzliche 10.000 OGS-Plätze geschaffen werden. Im Sekundarbereich werden neu gegründete und bestehen-

de Schulen mit Ganztag beginnen. Wachsende gesellschaftliche und soziale Aufgaben der Bildungseinrichtungen erfordern ein stärkeres Engagement des Bundes an den Bildungskosten. Wir wollen deshalb die Aufhebung des Kooperationsverbotes.



Wir bekennen uns zum Ausbau des gebundenen Ganztags an allen Schulformen. Er ist auch eine Gelingensbedingung für einen anderen Lernrhythmus und für individuelle Förderung. Die Bildungskonferenz hat einmütig diesen Ausbau gefordert. Dieser ist nur schrittweise mög-

lich. Damit haben wir begonnen und werden dies weiter konsequent fortsetzen. Die durch den Schülerrückgang freiwerdenden Mittel wollen wir im System Schule belassen und zur Qualitätsverbesserung nutzen. Hierzu gehört auch der Ganztagsausbau.

Der Ganztagsausbau muss ohne Bevorzugung einzelner Schulformen bedarfsgerecht fortgesetzt werden. Zur Ausgestaltung muss die qualifizierte Einbindung und Abwechslung zwischen Unterrichtsangeboten und ergänzenden Angeboten von Vereinen und Verbänden gestärkt werden. Auch bedarf es eines

kontinuierlichen Ausbaus der Unterstützung der Schulen durch multiprofessionelles Personal, so z. B. Psychologen, Sozialarbeiter oder Schulverwaltungsassistenten sowie mehr Gestaltungsfreiheit für die Schulen.

DIE LINKE unterstützt die Forderungen der Bildungskonferenz nach dem „echten Ganztag“, denn nur der kann sinnvolle Rhythmisierung und individuelle Förderung ermöglichen. Betreuungsangebote, insbesondere flexible, widersprechen diesen Zielen.

Das geht – wie alles – nicht ohne zusätzliche Fortbildung für Schulleitungen und Lehrkräfte sowie neue Stellen für Schulpsychologie, Schulsozialarbeit, Sonderpädagogik. Die entsprechenden Ressourcen müssen in einem Gesamtstufenplan bereitgestellt werden.



II. Teil: Berufspolitik

1. Besoldung

Durch das Gesetz zur Reform der Lehrerbildung ist die Gleichwertigkeit der Lehrämter verankert worden. Wie wollen Sie dies bei der Besoldung / dem Entgelt umsetzen?



© Elektronisch / photorascade

In Nordrhein-Westfalen hatte die von der CDU-geführten Landesregierung eingesetzte Kommission zur Erarbeitung der Dienstrechtsreform seit Dezember 2009 bereits erste Tendenzen für eine Große Dienstrechtsreform aufgezeigt. Der Dialog zur Reform des öffentlichen Dienstrechts ist zu intensivieren. Denkverbote darf es bei einer

Dienstrechtsreform nicht geben. Ziel der CDU ist ein modernes, gerechtes und zukunftsorientiertes öffentliches Dienstrecht, das den Beschäftigten im öffentlichen Dienst sowohl Sicherheit als auch Perspektiven gibt und gleichzeitig die Attraktivität der Arbeit im Öffentlichen Dienst dauerhaft sichert.



Die Gleichwertigkeit der Lehrerinnen- und Lehrerbesoldung ist für uns ein wichtiges Thema. Die Frage kann allerdings nicht isoliert, sondern nur im Gesamtkontext einer umfassenden Reform des öffentlichen Dienstrechts insgesamt beantwortet werden. Dabei stellen wir sicher,

dass Lösungen für eine grundständige Überarbeitung des Dienstrechts unter breiter Beteiligung der Betroffenen, der sie repräsentierenden Gewerkschaften, Verbände und Personalräte entwickelt werden.



NRW braucht eine Dienstrechtsreform. Schwarz-gelb hat diese Aufgabe verschleppt. Nach der Wahl werden wir wie bereits geplant eine Kommission speziell zum Schulbereich berufen, in der mit den beteiligten Verbänden die besonderen Aspekte beraten werden. Hierzu zählen die

überkommene unterschiedliche Wertung der Schulformen, Attraktivität von Funktionen, die Ungerechtigkeiten bei der Bezahlung der angestellten Lehrer und ein gerechteres Arbeitszeitmodell zu vereinbaren, das auch dem Aspekt der Gesundheitsförderung Rechnung trägt.



Durch die Reform der Lehrerausbildung stimmen die Lehramtsstudiengänge in der Regelstudienzeit sowie den zu erwerbenden Abschlüssen überein. Im Zuge einer großen Dienstrechtsreform muss diesen Veränderungen im Bereich der Besoldung, bezüglich der Beförderungsmöglichkeiten und in

Fragen einer leistungsgerechter gestalteten Vergütung Rechnung getragen werden. Für die FDP müssen diese Fragen im Sinne einer gerechten Lösung eine wichtige Aufgabe für das künftige schulpolitische Handeln darstellen.



DIE LINKE.

DIE LINKE fordert „Gleiches Geld für gleiche Arbeit“. Das gilt auch für Lehrkräfte! Deshalb unterstützt DIE LINKE die Forderung nach einer einheitlichen schulformübergreifenden Bezahlung der Lehrkräfte. Aber die Fraktion DIE LINKE hat sich auch der ungleichen

Bezahlung von Angestellten und Beamten angenommen, denn auch hier entstehen schreiende Ungerechtigkeiten. DIE LINKE forderte in einem Antrag (Drs. 15/1431) die gleiche Nettobezahlung von angestellten Lehrkräften durch einen Aufschlag.

© Kzenon / Fotolia.com



2. Lehrermangel

Fast 50 % aller Lehrerinnen und Lehrer gehen in den nächsten 15 Jahren in den Ruhestand. Wie wollen Sie den drohenden Lehrermangel verhindern und nachhaltig für qualifizierten Nachwuchs sorgen?

CDU

Die CDU ist der Auffassung, dass es einer neuen Anerkennungskultur für den Lehrerberuf bedarf. Je mehr Ansehen Lehrerinnen und Lehrer in unserer Gesellschaft genießen, umso mehr werden sich junge Menschen für diesen Beruf entscheiden. Schulpolitik darf daher nicht als Reglementierung der Lehrerinnen und Lehrer begriffen werden,

sondern muss die unerlässliche pädagogische Freiheit gewährleisten und das notwendige Vertrauen unseren Lehrkräften entgegenbringen. Bei der Umsetzung des neuen Lehrerausbildungsgesetzes muss die Lehrerausbildung an den Universitäten gestärkt werden.

SPD

Die Entwicklung der Lehrerausbildung ist in der Vergangenheit häufig nicht synchron mit dem Bedarf an Lehrerinnen und Lehrern verlaufen. Daher ist eine exakte Bedarfsanalyse, die auch die demografische Entwicklung der Schülerzahlen berücksichtigt, dringend erforderlich.

Um rechtzeitig zu reagieren, werden wir in den Zielvereinbarungen mit den Hochschulen ausreichende Bachelor- und Masterkapazitäten festschreiben. Für alle Hochschulabsolventen haben wir bereits die Möglichkeit geschaffen, das Referendariat in NRW zu beginnen.



Wir wollen dafür sorgen, dass der Lehrerberuf attraktiver wird und mehr junge Menschen für den Lehrerberuf gewonnen werden. Wir haben mehrere hundert Stellen im Vorbereitungsdienst zusätzlich geschaffen, um den Bedarf zu decken.

Auch wenn die grundständige Lehrerausbildung die Basis bildet, wird die Bewältigung des Lehrermangels nicht ohne Seiteneinstieg funktionieren. Hierbei ist ausreichende Flexibilität im Zugang wie eine hochwertige pädagogische Qualifizierung geboten.



Es muss verstärkt unter jungen Leuten für den Lehrerberuf geworben werden. Es sollte – wie in der Vergangenheit geschehen – keine pauschalen Negativbeschreibungen des Lehrerberufs aus dem politischen Raum geben. Darüber hinaus kann ein Lehrerjahresarbeitszeit-

modell für Transparenz und Planbarkeit für junge Menschen sorgen, die multiprofessionelle Unterstützung muss ausgebaut sowie die Möglichkeiten der leistungsgerechteren Bezahlung als Anreiz gestärkt werden.

DIE LINKE.

Mit dem Hochschulfreiheitsgesetz von CDU/FDP hat sich die Finanzierung der Hochschulen geändert; für weniger Drittmittel trüchtige Studiengänge erhält die Hochschule auch weniger staatliches Geld. Daher sind die Ausbildungskapazitäten für alle Lehrämter gesenkt worden. Diese Ent-

wicklung muss durch eine andere Finanzierung umgekehrt werden. Der Einfluss des Landes, auch bei der Studienkapazitätsplanung, muss wieder gestärkt werden. Lehramtsstudiengänge sind an die Erfordernisse anzupassen!



© Kzenoni / Fotolia.com

3. Verbeamtung

Lehrerinnen und Lehrer nehmen „hoheitsrechtliche Befugnisse“ wahr, das hat das Gutachten eines Bochumer Rechtsprofessors bestätigt. Dies ist nur im Beamtenstatus möglich. Sollen Lehrerinnen und Lehrer deshalb grundsätzlich verbeamtet werden?

Die CDU steht ohne Wenn und Aber zur Verbeamtung unserer Lehrerinnen und Lehrer, die eine der wichtigsten

und verantwortungsvollsten Aufgabe in unserer Gesellschaft erfüllen.



Das Gutachten liefert einen Beitrag für die breite verfassungsrechtliche Diskussion, welche öffentlichen Aufgaben hoheitlicher Natur und damit im Beamtenverhältnis zu leisten sind. Die Entscheidung darüber wird unter Würdigung

der Rechtsverhältnisse aller Berufsgruppen im öffentlichen Dienst des Landes in der Dienstrechtsreform der kommenden Legislaturperiode zu treffen sein.



Die Frage der Verbeamtung stellt sich augenblicklich nicht. Solange in den umliegenden Bundesländern Lehrkräfte verbeamtet werden, wäre ein Ausstieg seitens

NRW das falsche Zeichen, weil damit potenzielle Lehrkräfte dem Land den Rücken kehren würden.



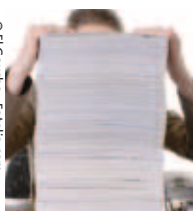
Gegenwärtig bestehen Unterschiede zwischen angestellten und verbeamteten Pädagogen, die sachlogisch nicht zu erklären sind. Durch die Anhebung des Verbeamtungsalters auf 40 Jahre unter der FDP-Regierungsverantwortung konnten

einige Probleme behoben werden. Allerdings wäre eine Verbeamtungspflicht für das Land ohne massive Neuverschuldung nicht finanzierbar. Es muss schrittweise weiter daran gearbeitet werden, die Bedingungen zu verbessern.



Sofort nach der Wahl steht für DIE LINKE eine Dienstrechtsreform an, die die Gleichbehandlung aller Lehrkräfte ins Zentrum stellt, aber auch deren Tariffähigkeit. Bisher gilt mit der Verbeamtung das Alimentationsprinzip, wonach der Dienstherr in Gutsherrenmanier gibt und

nimmt, wie es ihm gefällt oder „nach Kassenlage“! Das ist ein unsägliches Verfahren, weil der Dienstherr schon oft seine gegebenen Versprechungen gebrochen hat! Deshalb müssen auch Lehrkräfte ihre Rechte in die Hand nehmen!



© El Gachou - Fotolia.com

4. Aufgabendichte

Durch neue Verordnungen und Gesetze müssen Lehrer immer mehr Aufgaben schultern. Auch neue Medien werden verstärkt im Unterricht eingesetzt – dafür bedarf es ebenfalls einer umfangreichen Einarbeitungs- und Weiterbildungszeit. Die Belastungen der Lehrer steigen daher ständig. Wie wollen Sie die ständig gestiegenen Belastungen für Lehrerinnen und Lehrer reduzieren und zukünftig weitere vermeiden?

Die CDU will unter Beteiligung der Lehrerinnen und Lehrer ein neues und gerechteres Lehrerarbeitszeitmodell entwickeln.



Wie in jedem Beruf ändern sich auch Anforderungen an den Lehrerberuf im Laufe der Zeiten. Individuelle Förderung, inklusiver Unterricht, mehr Ganztagschulen. Die Bewältigung dieses Wandels kann nur im engen Dialog mit den Betroffenen erfolgen. Daher haben wir die Mitbestimmung gestärkt.

Wir werden uns im Rahmen der Dienstrechtsreform mit verbesserten Arbeitszeitmodellen beschäftigen. Durch den Sozial- und den Heterogenitätsindex wollen wir zusätzliche Entlastung an Schulen ermöglichen. Im Schulkonsens ist vereinbart, die Klassen kontinuierlich zu reduzieren.





Wir wollen die Qualitätsanalyse neu aufstellen. Interne und externe Evaluation müssen in eine neue Balance gebracht, der Beratungs- und Unterstützungsanteil verstärkt werden. Außerdem wollen wir die Zahl der Tests und

Klassenarbeiten reduzieren. Lernstandserhebungen gehören in ihrer Konzeption, Anzahl bzw. ihren Rhythmus auf den Prüfstand.



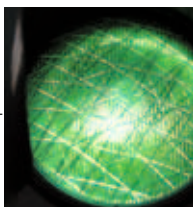
Ein wichtiger Schritt stellt die Überprüfung unnötiger Bürokratie dar. Dies gilt exemplarisch etwa für die Ausgestaltung der Qualitätsanalyse und anderer Erhebungen. Um die Schulleitungen, die Lehrerinnen und Lehrer zu entlasten, muss auch die

Zahl der Schulverwaltungsassistenten ausgebaut werden. Grundsätzlich sollte das Prinzip gelten, dass mit weiteren Aufgaben auch entsprechende Ressourcen für Schulen bereitgestellt werden.



Grundsätzlich ist die Belastung von Lehrerinnen und Lehrern zu hoch. Mit der angestrebten Dienstrechtsreform will DIE LINKE die Definition und Berechnung der Arbeitszeit ändern, denn es kann nicht sein, dass allein die Zahl der er-

teilten Unterrichtsstunden das Maß aller Dinge ist. Dass darüber hinaus viel Arbeit zu leisten ist, wissen alle Lehrkräfte, und dass schulische Innovation nicht immer zum Nulltarif erfolgen darf, erst recht!



seraficus/istockphoto.com

5. Anrechnungsstunden

Lehrerinnen und Lehrer bekommen für ihre administrativen Aufgaben sog. Anrechnungsstunden zugerechnet. Dennoch können diese Aufgaben häufig nicht wegen der knapp berechneten Anrechnungsstunden erledigt werden, viele Arbeiten müssen daher nach der normalen Arbeitszeit durchgeführt werden.

a) Eine Anpassung der Anrechnungsstunden im Grundschulbereich an die anderen Schulformen ist längst überfällig. Wollen Sie diese endlich vornehmen?

b) In den vergangenen Jahren ist die Zahl der Aufgaben, die mit den Anrechnungsstunden abzudecken sind (u. a. Lehrerrat, Ansprechpartnerin für Gleichstellungsfragen), ständig gestiegen. Werden Sie die Anrechnungsstunden generell erhöhen?



Zu a) Die CDU ist sich der Mehrbelastungen von Lehrerinnen und Lehrern vor allem durch administrative Aufgaben sehr bewusst. Die Selbstständigkeit von Schulen darf nicht zulasten der eigentlichen Aufgabe von Lehrkräften, dem Unterrichten, gehen. Die CDU will die Zahl der Verwaltungsassistenten an den Schulen erhöhen. Wenn es

darüber hinaus die Haushaltslage zulässt und die nötigen Ressourcen zur Verfügung stehen, kann eine Anpassung der Anrechnungsstunden vorgenommen werden.

Zu b) Die CDU will in erster Linie die eigentliche Aufgabe der Lehrerinnen und Lehrer stärken: das Unterrichten. Dafür sollen sie von bürokratischen Aufgaben entlastet werden.



Zu a) In der letzten Legislaturperiode haben wir als erstes die Leitungszeit an den Grundschulen erhöht. Dies haben wir versprochen und gehalten. Wir werden uns genau anschauen, wo Ungerechtigkeiten im System bestehen und wie diese behoben werden können. Dies werden wir mit

den Lehrerverbänden gemeinsam tun.

Zu b) Die Überprüfung der berechtigten Anrechnungsstunden werden wir in der kommenden Legislaturperiode – auch vor dem Hintergrund der Demografieeffekte – vornehmen.



Wir haben die Leitungszeit für Grundschulleitungen erhöht. Für die Leitungszeit der Schulen der Sekundarstufe war eine Erhöhung im Haushaltsplanentwurf 2012 vorgesehen. Über die Ausweitung der Anrechnungsstunden

wird im Zuge der Dienstrechtsreform beraten, da insgesamt die Frage der Arbeitszeit und -belastung ein wichtiger Punkt der Reform sein sollte.



Selbstverständlich bestehen – individuell nachvollziehbare – Wünsche, die Anrechnungsstunden zu erhöhen. Es muss aber berücksichtigt werden, dass es einer umfassenden Lösung für die Bereiche der Unterrichtsverpflichtung und weiterer schulischer Aufgaben bedarf. In einem Jahresarbeitszeitmodell kön-

nen die unterschiedlichen Aufgaben transparent und fair erfasst werden. Besonders für weitere Aufgaben müssen den Schulen z. B. aus den Demografiegewinnen zusätzliche Ressourcen bereitgestellt werden.

Zu a) DIE LINKE wird im neuen Landtag sich für die Angleichung der Anrechnungsstunden im Grundschulbereich einsetzen.

Zu b) Die Fraktion DIE LINKE hat bereits in den jeweiligen Haushaltsberatungen zusätzliche Anrechnungsstunden

für die Arbeit der Lehrerräte und der Ansprechpartnerinnen für Gleichstellungsfragen gestellt.

Im neuen Landtag wird DIE LINKE sich für den Ausbau der Anrechnungsstunden einsetzen.

DIE LINKE.



6. Schulleitungsstellen

Für viele vakante Schulleitungsstellen gibt es keine Bewerber/-innen, die Stellen müssen häufig mehrfach ausgeschrieben werden, bevor sie besetzt werden können.

Wie wollen Sie Schulleitungsstellen attraktiver machen?

Die CDU will die Selbstständigkeit und pädagogische Freiheit der Schulen stärken und sie dabei von administrativen Aufgaben entlasten. Schulleiter sollen dadurch

mehr pädagogische Gestaltungsverantwortung erhalten. Dies wird die Attraktivität von Schulleiterstellen erhöhen.

CDU

Schulleitungsfunktionen zu übernehmen, setzt vielfältige Qualifikationen voraus. Lehrerinnen und Lehrer werden diese Aufgabe übernehmen, wenn sie vorbereitet sind, Unterstützung bekommen und Anerkennung erhalten. Notwendig ist ein transparenteres, leistungsgerechteres Ge-

samtsystem der Bezahlung und Entlastung. Die Gründe, warum es keine Bewerbungen auf Schulleitungsstellen gibt, sind allerdings nicht monokausal. Sie müssen daher in ihrer Komplexität insgesamt untersucht und angegangen werden.

SPD

s. Antwort zu 1 und 5.

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

Unter Rot-Grün ist die Zahl der unbesetzten Leitungsfunktionen angestiegen. Um die für die Schulentwicklung sehr wichtigen Schulleitungspositionen zu besetzen, muss die Leitungszeit erhöht werden. Dies gilt insbesondere auch für die

Grundschulen, die im besonderen Maße von dieser Problematik betroffen sind. Auch muss die finanzielle Attraktivität dieser Funktionen einer generellen Betrachtung unterzogen werden.

FDP
Die Liberalen

DIE LINKE hält es für notwendig die Stundendeputate für die Leitungszeiten zu erhöhen. Bezogen auf die Grundschulen müssen die Schulleitungsstellen besser vergütet werden.

DIE LINKE.

Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!
www.1a-Beamtdarlehen.de
 Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD

0800-040 40 41
 Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren

Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung
 Andreas Wendholt
 Prälat-Höing-Str. 19 · 46325 Borken-Weseke

NÜRNBERGER

Arbeitskreis „Sozialpädagogische Arbeit in der Schuleingangsphase“

Auf dem Weg zu einer inklusiven Grundschule

Zum dritten Mal tagte nun schon der Arbeitskreis „Sozialpädagogische Arbeit in der Schuleingangsphase“ im VBE-Haus. Insgesamt kamen 62 Teilnehmerinnen zum landesweiten Informations- und Erfahrungsaustausch. Doris Feldmann, Leiterin des Referates Sozialpädagogische Berufe in der Primarstufe und Initiatorin des Arbeitskreises, freut sich über die anhaltend positive Resonanz.

Auf Wunsch der Teilnehmerinnen wurde erstmals eine Materialbörse angeboten, bei der praxiserprobte Fördermaterialien für die Arbeit in der Schuleingangsphase vorgestellt wurden.

Als Ansprechpartner für rechtliche Fragen stand den sozialpädagogischen Kolleginnen und Kollegen in bewährter Form RA Martin Kieslinger, ltd. Justiziar VBE NRW, zur Verfügung. Schwerpunktthema des Arbeitstreffens war die Rolle der Sozialpädagogischen Kolleginnen und Kollegen bei der Weiterentwicklung zur inklusiven Grundschule.

Hans-Gerd Scheidle, stellv. Vorsitzender VBE NRW, erläuterte die Aufgabenstellung der UN-Behindertenrechtskonvention und die Ausgangslage für den Inklusionsprozess in NRW.



Der anschließende Dialog machte deutlich, dass Sozialpädagogische Kolleginnen und Kollegen auf dem Weg zu einer inklusiven Grundschule einen wichtigen Beitrag leisten können. „Unser Fachwissen und unsere Erfahrung in den Bereichen „individuelle Förderung“ und „Teamarbeit“ zeichnet unsere Profession aus“, so Feldmann. „Doch gelingen kann die wichtige Aufgabe „Inklusion“ nur dann, wenn die Praxis weitreichende Unterstützung erhält.“ Zwingend notwendig für eine nachhaltige sozialpädagogische Förderung ist nach Überzeugung aller Teilnehmenden der Einsatz an einer Schule. Obwohl dieses nach den Vorgaben des MSW der Regelfall sein soll, werden immer mehr Sozialpädagogische Fachkräfte aufgrund des zu geringen Stellenkontingentes an zwei Schulen eingesetzt. Der VBE wird seine Forderung nach einer deutlichen Stellenausweitung mit Nachdruck einbringen.

Das nächste Arbeitstreffen findet am 1. Oktober 2012 statt. Interessierte können sich unter info@vbe-nrw.de in den Verteiler des Arbeitskreises aufnehmen lassen.

Und jetzt Sekundarschule?!

Was passiert mit mir, wenn meine Schule Sekundarschule wird? Welche Konsequenzen hat die Neugründung auf meine Beschäftigung? Diese und ähnliche Fragen stellen sich Lehrerinnen und Lehrer immer wieder

V. I. Stefan Behlau, Schulleiter, Andreas Schmitz, Vorsitzender des VBE-Kreisverbands Rhein-Berg, Martin Kieslinger, ltd. Justiziar VBE NRW, auf einer Infoveranstaltung in Bergisch Gladbach



seit mit dem 6. Schulrechtsänderungsgesetz die Grundlage für die neue Schulform Sekundarschule geschaffen worden ist. Der Informationsbedarf bei den betroffenen Lehrkräften und Schulleitungen ist hoch – der VBE bringt Licht ins Dunkel und begleitet den Prozess im Rahmen von Informationsveranstaltungen für Lehrkräfte an Haupt- und Realschulen. Experten des VBE geben hier Antworten auf die dringendsten Fragen und schaffen so unnötige Unsicherheiten der betroffenen Lehrkräfte aus dem Weg. Von den Leitlinien für Personalmaßnahmen bei der Auflösung von Hauptschulen bis hin zu konzeptionellen Leitideen für die Gründung von Sekundarschulen – den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der VBE-Informationsveranstaltungen wird eine umfassende Beratung geboten.

Zugunsten der Lehrerinnen und Lehrer fordert der VBE auf der Basis der Leitlinien für Personalmaßnahmen bei der Auflösung von Hauptschulen, schnellstmöglich ein umsetzbares und transparentes Personalkonzept zu erstellen. Denn nur so erreicht man die Akzeptanz bei Schulleitungen, Lehrkräften und Organisationen für das sinnvolle Modell der Sekundarschule.

Nachrichten +++ Nachrichten +++ Nachrichten +++

Änderung der Schülerfahrkostenverordnung

H

Künftig werden Schülerinnen und Schüler der Klasse zehn eines G8-Gymnasiums fahrtkostenrechtlich genauso behandelt wie Schülerinnen und Schüler der zehnten Klasse in anderen Schulen der Sekundarstufe I. Die Änderung der Schülerfahrkostenverordnung, die das Landeskabineett Anfang des Jahres auf den Weg gebracht hat, kann zum kommenden Schuljahr 2012/2013 umgesetzt werden. Hiermit werden endlich die Ungerechtigkeiten der bestehenden Regelung beendet, erklärt Schulministerin Sylvia Löhrmann.

(Quelle: MSW NRW)

Jedes Jahr Bildung bringt mehr Einkommen

Wer länger lernt, hat als Erwachsener ein höheres Einkommen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Jedes Jahr, dass jemand zusätzlich in Schule, Ausbildung oder Studium investiert, erhöht das spätere Einkommen durchschnittlich um 5 % mehr Lohn. Wer also 16 Jahre lang lernt, hat über das ganze Erwerbsleben hinweg rund 25 % mehr Geld in der Tasche als jemand, der das Bildungssystem nach 11 Jahren verlässt.

(Quelle: bildungsklick.de)

Startschuss für PISA 2012



© yankee - fotolia.com

In Österreich hat der PISA-Test 2012 bereits begonnen. In Deutschland fällt der Startschuss am 23. April. Es gibt zwei Stichproben von Schülerinnen und Schülern, die in Deutschland bis zum 31. Mai im Rahmen von PISA 2012 untersucht werden. So werden an den rund 250 Schulen jeweils 25 15-Jährige getestet, das sind insgesamt rund 6.250 Schülerinnen und Schüler. Außerdem nimmt Deutschland an der klassenbasierten Testung teil. Das heißt, an den teilnehmenden Schulen werden außerdem zwei vollständige Klassen der Jahrgangsstufe 9 getestet.

(Quelle: bildungsklick.de)

Australische Kinder: Joghurt wächst auf Bäumen



Laut einer Studie des Australischen Rats für Bildungsforschung (ACER) kennen viele Kinder den Ursprung verschiedener Lebensmittel und Nutzgegenstände nicht. So glaubten 75 % der Kinder, dass Baumwollsocken von Tieren stammen. 27 % sagten, Joghurt würde auf Bäumen wachsen, 20 % sagten, Nudeln würden von Tieren stammen und Rührei von Pflanzen. Deutlich wurde bei der Studie, dass die Lücke zwischen Stadt und dem Land weiter wachse, heißt es.

(Quelle: diepresse.com)



PS: Die Redaktion wünscht sich einen Mousse-au-Chocolat-Baum.

Einsatz von Lehrkräften in der OGS

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
bezüglich des Einsatzes von Lehrkräften hat der VBE auf Nachfrage mit Schreiben vom 29.3.12 von Dr. Norbert Reichel, Leiter der Gruppe Integration, Politische Bildung, Ganztags, die nachstehenden klärenden Ausführungen erhalten.

Mit freundlichen Grüßen
Udo Beckmann, Vorsitzender

„Die Verordnung für die Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten gilt für Lehrkräfte dann und in dem Maße, wie sie nicht in öffentlichen Schulen eingesetzt werden. Dies gilt z. B. für eine Freistellung zur Mitarbeit in einer RAA. In diesen Fällen gilt: Wer z. B. bei einem Deputat von 28 Stunden mit 14 Stunden freigestellt ist, arbeitet in dem Kontext, für den er/sie die Freistellung erhält, in der Tat 20,5 Stunden pro Woche (ab dem 55. Lebensjahr natürlich weniger).

In den Fällen, in denen Lehrkräfte in öffentlichen Schulen eingesetzt sind, wird die Arbeitszeit nach Pflichtstunden bemessen. Hier arbeitet die Lehrkraft in ihrem Deputat mit einer bestimmten Zahl von Unterrichtsstunden, z. B. vier Stunden, ggf. auch in einem OGS-Angebot. In der Arbeitszeit von Lehrkräften ist dann nicht nur die Unterrichtszeit enthalten, sondern auch die Zeit für Vor- und Nachbereitung sowie für sonstige Tätigkeiten, beispielsweise für Besprechungen, Konferenzen etc. Insofern entsprechen 28 Unterrichtsstunden der normalen Wochenarbeitszeit von Beamtinnen und Beamten.

Der Ganztagerlass enthält in Nr. 7.2 eine Art Tätigkeitskatalog, aus dem hervorgeht, dass Lehrkräfte grundsätzlich für unterrichtsnahe Tätigkeiten eingesetzt werden sollen. In dem Fall stellt sich die Frage nach einer Anrechnung von 45 oder 60 Minuten nicht, sondern lässt sich eindeutig beantworten. Anders verhält sich dies bei Aufsichtstätigkeiten, die in Nr. 10.7 des Erlasses geregelt sind und nur mit der Hälfte der Unterrichtsverpflichtung angerechnet werden.“

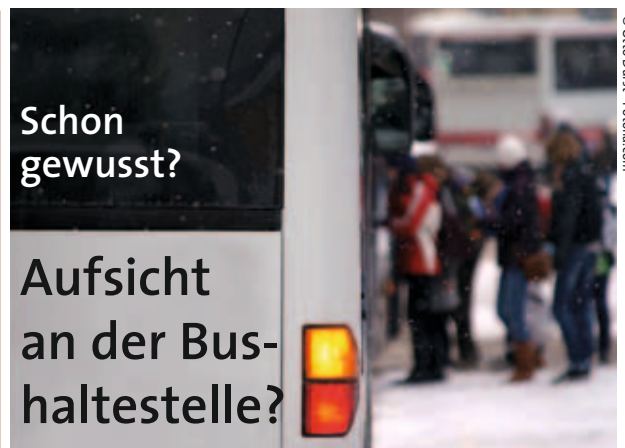
Schwarze Liste

Verhinderung der Wiedereinstellung ungeeigneter Personen in den Schuldienst

Das VG Darmstadt hatte in diesem Fall zu entscheiden, ob es grundsätzlich zulässig ist, dass das hessische Kultusministerium Personen auf einer sogenannten schwarzen Liste führt, die z. B. durch politische Betätigung nicht geeignet für eine Einstellung in den Schuldienst sind.

Das Gericht stellte fest, dass für die Aufnahme ungeeigneter Lehrkräfte in die sogenannte „Schwarze Liste“ (Informationsliste der Schulverwaltung zur Vermeidung der Wiedereinstellung ungeeigneter Lehrkräfte in den hessischen Schuldienst) eine ausreichende Rechtsgrundlage besteht. Insbesondere ein unzulässiger Eingriff in die Berufsfreiheit sei mit dieser Speicherung nicht verbunden.

Anhaltspunkte dafür, dass eine Lehrkraft sich nicht durch ihr gesamtes Verhalten zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes bekennt, können u. a. herausragendes Engagement für die „Republikaner“ ebenso wie Mitgliedschaft und Kandidatur für ein Bürgerbündnis, dem nachweislich Neonazis und Rechtsextreme angehören, sein. Auch Auftritte bei Kundgebungen national-konservativer Organisationen, Interviews für die NPD-Zeitschrift und private Bindungen zu bekannten NPD-Funktionären dürfen mit berücksichtigt werden (VG Darmstadt, 5 K 1685/10.DA, Urteil vom 24.08.2011).



Da der Schulträger für die Beförderung der Schülerinnen und Schüler verantwortlich ist, besteht an Schulbushaltestellen außerhalb des Schulgrundstücks keine Aufsichtspflicht der Lehrkräfte.

Die Aufsichtspflicht kann sich nur dann ergeben, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind:

- Entscheidung der Schulkonferenz,
- Besondere Gefahrenlage,
- Aufsicht ohne unverhältnismäßigen Aufwand für die Lehrkräfte möglich.

Erst wenn die Schulleitung im Einvernehmen mit dem Schulträger bestätigt hat, dass die oben genannten Voraussetzungen vorliegen, entsteht die Pflicht zur Aufsicht.

RA Martin Kieslinger,
Ltd. Justiziar VBE NRW

VBE-Seminare 2012

„Schulleitung“ mit dem IfL



© Yun Arcus / fotolia.de

Adressaten dieser Seminarreihe sind stellvertretende Schulleiter/-innen und Lehrer/-innen, die sich für Schulleitungsaufgaben qualifizieren wollen.

Durchgeführt wird diese Seminarreihe in Zusammenarbeit des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) mit dem Institut für Lehrerfortbildung (IfL) Mülheim (früher Essen-Werden).

Leitung: *Dr. Thomas Böhm (IfL)*
Dipl.-Päd. Alfred Krufft (VBE)

Im ersten Teil der Seminarreihe werden Grundbegriffe des Schulrechts vermittelt, erläutert und in den Umgang mit Rechtsnormen eingeführt. Schulverwaltungsrecht, die Rechte und Pflichten der Schulleiter/-innen werden in Verbindung mit der ADO dargestellt und anhand schulrechtlicher Fälle exemplarisch bearbeitet.

Die nachfolgenden Seminarteile – Frühjahr 2013, Herbst 2013 und Frühjahr 2014 –, bei denen die Teilnehmer/-innen des ersten Seminars vorrangig berücksichtigt werden, befassen sich u. a. mit Schulorganisation, Schulverwaltung und Schuletat, Personalmanagement, Dienstlicher Beurteilung, schulscharfer Ausschreibung, Vorbereitung und Durchführung von Konferenzen, Kommunikationstraining sowie mit Schulprogramm und Schulprofil.

Termin: *17. September 2012 (10.00 Uhr)*
bis 18. September 2012 (16.00 Uhr)
Wolfsburg, Mülheim/Ruhr

Diese Veranstaltung wird auch im Programmheft des Instituts ausgeschrieben. Wegen der zu erwartenden großen Nachfrage empfehlen wir schnelle Anmeldung beim Institut für Lehrerfortbildung Mülheim (IfL).

Anmeldungen mit der Angabe der Verbandszugehörigkeit – VBE – sollten bitte auf Karten aus dem Programmheft I/2012 des Instituts erfolgen.

Das IfL erhebt einen Teilnehmerbeitrag in Höhe von 70,00 EUR pro Veranstaltung.

Wenn Sie Rückfragen haben, dann wenden Sie sich bitte an:

Alfred Krufft *Leiter VBE-Bildungswerk*
TeleFAX: *0201 – 10 54 737*

Gudula Preuß *VBE-Bildungswerk*
TeleFON: *0231 – 42 00 61*
TeleFAX: *0231 – 43 38 64*

Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.

0800 - 1000 500

Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns, **seit über 35 Jahren.**



Beamendarlehen supergünstig
5,27% effektiver Jahreszins*
Laufzeit 7 Jahre

- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Beamendarlehen ab 10.000 € - 125.000 €
- Baufinanzierungen günstig bis 120%

AK FINANZ

Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Fax: (0621) 178180-25
Info@AK-finanz.de

www.AK-Finanz.de

*Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D.

Äußerst günstige Darlehen z.B. 30.000 € Sollzins (fest gebunden) 5,15%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 426 € effektiver Jahreszins 5,27%, Bruttobetrag 35.784 € Sicherheit: Kein Grundschuldeneintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens- Renten oder Restschuldversicherung.

„Schulqualität und Lehrergesundheit gehören zusammen“

Norddeutscher Lehrertag 2012 in Schwerin veranstaltet

Die norddeutschen Landesverbände des VBE – Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein – sind die Veranstalter des traditionellen Norddeutschen Lehrertages, der in diesem Jahr am 21. April in Schwerin stattfand. Das Thema „Ohne Überlast zur Qualität. Schulqualität beginnt mit Lehrergesundheit“ traf genau die Befindlichkeit der Lehrerinnen und Lehrer. Mehr als 150 Teilnehmer verfolgten mit großem Interesse den Hauptvortrag von Professor Dr. Bernhard Sieland und holten sich in den anschließenden Workshops praktische Anregungen für Entlastungsstrategien im beruflichen Alltag. Von der Weiterbildungsveranstaltung ging zugleich eine klare politische Botschaft aus. VBE-Bundesvorsitzender Udo Beckmann machte in seinem Grußwort deutlich, die Politik treibe Schindluder mit der Lehrergesundheit.



v.l.n.r. VBE-Landesvorsitzender M-V Michael Blanck, VBE-Bundesvorsitzender Udo Beckmann und Mathias Brodtkorb, Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur M-V



Minister Mathias Brodtkorb hält das Grußwort



Hauptreferent Prof. Dr. Bernhard Sieland von der Leuphana Universität Lüneburg sorgt für Stimmung

„In einer gesunden Schule lernt es sich besser, das ist so sicher wie das Amen in der Kirche. Deshalb hat die ganze PISA-Debatte seit Jahr und Tag Schlagseite. Schulqualität und Lehrergesundheit müssen von den Dienstherren endlich als eins behandelt werden.“ Die Politik mache es sich zu einfach, lediglich Unterrichtsverpflichtungen für die einzelnen Schulformen willkürlich festzulegen. Stattdessen brauche es Zeitgefäße auch für die anderen Aufgaben, forderte Udo Beckmann. „Unterrichten bis der Notarzt kommt, ist keine Option, bessere Schule zu machen.“ Der VBE-Bundesvorsitzende mahnte die ausreichende Versorgung mit Regelschullehrern, mit Sonderpädagogen, Schulsozialarbeitern, Schulsekretärinnen und Hausmeistern an. „Es muss endlich der Normalfall werden, dass Schule die Kompetenzen verschiedener Professionen anbieten kann. Nicht zuletzt muss die Schularchitektur als wichtiger Faktor für die Gesundheit von Schülern und Pädagogen anerkannt und umgesetzt werden.“

Michael Blanck, Vorsitzender des VBE Mecklenburg-Vorpommern, zeigte sich besorgt über die gesundheitliche Situation der Lehrerinnen und Lehrer. Die Belastung im Beruf habe stetig zugenommen. Das sei eine Folge der hohen Unterrichtsverpflichtungen und der Zunahme weiterer Aufgaben an den Schulen. „Wir sind verantwortlich dafür, dass trotz schlechter Rahmenbedingungen, die uns die Politik vorgibt, immer noch Schule funktioniert!“, erklärte Michael Blanck. „Wir sind verantwortlich dafür, dass ein hoher Prozentsatz der Schülerinnen und Schüler einen guten Schulabschluss erreicht, dass Deutschland eine Zukunft hat, weil wir die Hoffnungsträger der Zukunft ausbilden. Wir würden noch gerne mehr erreichen, wenn man uns die Bedingungen dafür zur Verfügung stellt.“ Michael Blanck verwies darauf, trotz unveränderter Rahmenbedingungen ließen sich Lehrerinnen und Lehrer immer wieder neue Aufgaben übertragen und würden diese gewissenhaft erfüllen, „da wir der Meinung sind, dass wir das unserem Berufsethos, den uns anvertrauten Schülerinnen und Schülern schuldig sind“. Der Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern gab der VBE-Landesvorsitzende mit auf den Weg: „Um den künftigen hohen Lehrbedarf zu schultern, sollten Landesregierungen vielleicht nicht nur Gelder in unausgelegene Junglehrerprogramme sondern auch in die Pharmaforschung stecken – z.B. für die Entwicklung einer LASPI – einer Lehreralterungsstoppille.“

Europäischer Sozialer Dialog Bildung ging in zweite Runde

Das Lenkungscommittee des Europäischen Sozialen Dialogs Bildung legte jetzt in Brüssel den weiteren Fahrplan fest. Udo Beckmann, Sprecher der Koordinierungskommission GEW-VBE und Mitglied des Lenkungscommittees, teilte mit, in einzelnen Arbeitsgruppen tauschten sich die europäischen Vertreter von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite darüber aus, wie die von den europäischen Sozialpartnern gemeinsam ausgehandelte Forderung nach hochwertiger Bildung und Ausbildung verwirklicht werden kann.



Social Dialogue
Dialogue social

Die Arbeitsschwerpunkte dazu sind „Qualität von Bildung und Erziehung“, „Herausforderungen der demografischen Entwicklung in Europa“ sowie „Hochschulbildung und Qualität der Lehrerbildung“.

Die demografische Entwicklung ist inzwischen in allen europäischen Mitgliedsländern als Problem mit tiefgreifender Wirkung erkannt. Der Rückgang der Bevölkerungszahlen insgesamt und die Folgen für den Bildungs- und Erziehungsbereich werden 2012 am Beispiel ausgewählter EU-Mitgliedsländer betrachtet und diese Erfahrungen in die Arbeit der Demografie-Arbeitsgruppe eingebracht. Ein erstes Regionalseminar fand in Madrid statt, an dem die Vorsitzende der VBE-Bundesfrauenvertretung und Mitglied der Koordinierungskommission GEW-VBE Jutta Endrusch teilnahm. Im Mittelpunkt stand dabei die Diskussion am Beispiel des Gesundheitsbereichs, langfristig qualifiziertes Personal zu halten und zu gewinnen. In einem weiteren Regionalseminar in Vilnius wurde das Thema mit Blick auf den Bildungsbereich fortgeführt.

Deutscher Lehrertag 2012 in Mannheim

Am 30. November 2012 findet in Mannheim der diesjährige Deutsche Lehrertag statt. Der größte bundesweite Weiterbildungstag für Lehrerinnen und Lehrer aller Schulstufen wird wiederum veranstaltet von VBE und Verband Bildungsmedien. Er steht unter dem Motto: „Anders sein ist normal – Heterogenität als Herausforderung“.

Veranstaltungsort ist das Congress Center Rosengarten Mannheim, Rosengartenplatz 2.

Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann hat sein Kommen zugesagt. Prof. Dr. Joachim Bauer (Neurobiologe, Arzt und Psychotherapeut), Freiburg, hält den Hauptvortrag: „Im Anderen das Gemeinsame entdecken: Der Weg zu Resonanz und Empathie mit dem Fremden“. Ab Mittag gibt es ein umfangreiches Workshop-Programm.

Am Deutschen Lehrertag 2011, der in den Dortmunder Westfalenhallen stattfand, nahmen 1200 Pädagoginnen und Pädagogen aus dem ganzen Bundesgebiet teil. Die Veranstaltung war bis auf den letzten Platz ausgebucht.

Anmeldungen zum Deutschen Lehrertag 2012 sind ab 17. September 2012 ausschließlich online möglich:

www.deutscher-lehrertag.de

Die Teilnahmegebühr incl. Mittagsimbiss beträgt 25 € (VBE-Mitglieder 15 €).

Kritik an geplanter Casting-Show für Kinder

Mit Unverständnis reagierte der VBE auf das Vorhaben von RTL, „DSDS Kids“ auf den Bildschirm zu bringen. Laut RTL-Angaben sollen bereits 20 000 Bewerbungen für das neue Show-Format des Senders vorliegen. Kinder einem Millionen-Fernseh-Publikum zu präsentieren, sei nicht zu deren Wohl, kritisierte VBE-Bundesvorsitzender Udo Beckmann. Das Internet vergesse nicht. Wenn Jahre später – in der Schule, der Uni oder beim Arbeitgeber – plötzlich ein Video von vor vielen Jahren auftauche, könne das ernste Folgen für den weiteren beruflichen und persönlichen Lebensweg haben.

Außerdem befürchtete Udo Beckmann, das Selbstbild der Kinder könnte leiden. „Kein Elternteil sagt dem eigenen Kind, dass es schlecht singt. Wenn aber später eine Jury oder ein Zuschauervoting jemanden als Sieger kürt, heißt das vor allem für kleine Kinder: Ich bin nicht gut genug. Der Knacks in einer kleinen Seele kommt dann schneller als man denkt.“ Einer solchen Konkurrenzsituation seien vor allem kleine Kinder nicht gewachsen, so der VBE-Bundesvorsitzende.

Der Quotenverfall der letzten Jahre bei Casting-Sendungen dürfe laut Beckmann nicht dazu führen, dass jetzt Kinder als neue Sänger-Zielgruppe erschlossen werden. „Kinder sollten spielen und toben dürfen – den Vergleich mit anderen lernen sie noch früh genug. Sie jetzt so vorzuführen, ist nicht im Sinne einer adäquaten Entwicklung“, stellte Udo Beckmann klar und appellierte an die Eltern, darauf zu verzichten, ihr Kind dort anzumelden. „Eltern sollten stark sein und dem Kind erklären, dass eine Teilnahme an so einer Show nichts darüber aussagt, wie wertvoll es ist.“ Außerdem dürften Eltern nicht das eigene Geltungsbedürfnis über das Wohl des Kindes stellen. Am Ende seien es schließlich die Kinder, die auf der Bühne stünden und mit der Ablehnung klar kommen müssten, aber nicht die Eltern, so Beckmanns Resümee.

VBE Bundesgeschäftsstelle

Behrenstraße 23/24
10117 Berlin
T. + 49 30 - 726 19 66 0
presse@vbe.de
www.vbe.de

Verband Bildung und Erziehung

VBE

Luftschloss DS DS

Er wird geachtet, gefürchtet – und gehasst! Dieter Bohlen ist seit mittlerweile 9 Jahren Herr über die DS DS-Arena. Als „Deutschland sucht den Superstar“ erstmals im Herbst 2002 über die deutschen Bildschirme flimmerte, waren die Hoffnungen groß: Talente wollte man bei RTL finden. Neue Stimmen, die vorher niemand gekannt hatte. Einen Superstar. Tatsächlich fand man zwar gute Sänger sowie interessante und kontroverse Charaktere, doch an der Spitze der Charts vermochte sich bis jetzt keiner dauerhaft zu halten. Mittlerweile hat sich jedoch eine Sättigung breitgemacht, das macht u. a. auch Bernhard Pörksen, Professor für Medienwissenschaft an der Uni Tübingen deutlich: „Deutschland ist durchgecastet. Es geht um immer die gleichen Typen: Der Streber, der Schräge, der Schönling. Superstar – das sind heute die Leute, die man bei einer Baumarkt-Eröffnung oder in der Dorf-Disko sieht.“ Und seit die Quoten stetig sinken – das spüren auch die Casting-Shows anderer Sender – ist beim Mutter-Sender aller Casting-Formate, RTL, der Ruf nach einer neuen eierlegenden Wollmilchsau laut geworden. Den Grundstein dafür legte beim Casting für die 9. DS DS-Staffel ein kleiner Junge, der sich medienwirksam zur Jury schlich und ihr mit niedlicher Kinderstimme vorsang. Da konnte selbst Dieter Bohlen nicht böse sein – der Junge bekam zwar nicht den heißersehnten gelben Recall-Zettel, dafür sorgte er aber für die neue Idee des Kölner Senders: „DS DS Kids“.

„Dein Talent ist Null,
und Null ist noch aufgerundet.“
(Dieter Bohlen)

Nicht mehr über 16-Jährige sollten die neuen Superstars stellen – stattdessen soll die Bühne jetzt für die 4-14-Jährigen frei sein. Denn die, so RTL, wollten ja auch gerne singen. Das neue RTL-Format bedient sich ebenfalls einer Jury, die aber im Gegensatz zum Original DS DS nur Gutes berichtet und keine Gehässigkeiten von sich gibt. „Der Bohlen kann auch nett sein“, scheint das Motto bei RTL zu sein.

Doch ganz so einfach ist es nicht, findet der VBE. Denn wer sich bei DS DS-Kids meldet, der weiß häufig nicht, welchen Pakt er da schließt. Ein einmaliger Auftritt im Fernsehen wird in unserer modernen Medienwelt nicht einfach vergessen. Vor allem das Internet ist ein Dauer-Gedächtnis par excellence, so die Sorge des VBE-NRW-Vorsitzenden Udo Beckmann: „Wenn Jahre später so ein Video in der Schule, der Uni oder beim Arbeitgeber auftaucht, kann das ernste Folgen für den weiteren Lebensweg haben.“



© iaf/orator / iStockphoto.de

„Wir sind Talentsucher
und keine Müllsortierer.“
(Dieter Bohlen)

Außerdem befürchtet Beckmann, dass das Selbstbild der Kinder leiden könnte: „Kein Elternteil sagt dem eigenen Kind, dass es schlecht singt. Wenn aber später eine Jury oder ein Zuschauervoting jemanden zum Sieger kürt, heißt das vor allem für kleine Kinder: Ich bin nicht gut genug. Der Knacks in einer kleinen Seele kommt dann schneller, als man denkt.“ Dieser Konkurrenzsituation seien vor allem kleine Kinder nicht gewachsen.

Diese Befürchtung teilt auch der Kinderschutzbund NRW. Deren Sprecherin Nicole Vergin bezweifelt, dass ein Format wie „DS DS Kids“ kindergerecht ist: „Da wird spätestens beim Ausscheiden ein Frust bei den Kindern erzeugt, mit dem sie nicht umgehen können. Sie werden „ausgesiebt“, und das vor einem Millionen-Publikum.“ Dass RTL so die schlechte Quote aufbessern will, hält sie für fatal.

Diese Ansicht teilt auch Udo Beckmann: „Kinder sollten spielen und toben dürfen. Mit anderen verglichen zu werden, lernen sie noch früh genug.“ Sie jetzt so vorzuführen, sei nicht im Sinne einer adäquaten Entwicklung, stellte er klar. 20.000 Kinder wurden von ihren Eltern allein in den ersten zwei Wochen seit Bekanntgabe der Sendung im März angemeldet – eine fatale Ziffer, findet Beckmann. Eltern sollten stark sein, egal wie laut ihre Kinder quengeln, um mitmachen zu dürfen: „Sie sollten dem Kind ruhig, aber deutlich erklären, dass die Teilnahme an so einer Show nichts darüber aussagt, wie wertvoll es ist“, rät er. Und sie sollten nicht das eigene Geltungsbedürfnis über das Wohl des Kindes stellen, mahnt Beckmann: „Am Ende sind es schließlich die Kinder, die auf der Bühne stehen und mit der Ablehnung klar kommen müssen, und nicht die Eltern.“

D. Gornik,
Pressereferentin VBE NRW

Schule: Wohlfühlfaktor Fehlanzeige

Bildungseinrichtungen nicht sonderlich beliebt bei Jugendlichen

- Im Vergleich zu Familie und Freunden fühlen sich Kinder in der Schule am wenigsten wohl
- Leistungsdruck fördert Ängste
- Bessere Ausstattung und mehr Lehrer helfen dabei, das Wohlbefinden zu steigern

Kinder fühlen sich in der Schule längst nicht so wohl wie in anderen Lebensumfeldern. Dieses Ergebnis liefert das aktuelle LBS-Kinderbarometer Deutschland. Das schulische Wohlbefinden liegt beim Durchschnitt der 10.348 befragten Kinder zwar zwischen „eher gut“ und „gut“ und damit im positiven Bereich. Im Vergleich zur Familie und zum Umgang mit Freunden weist es aber den höchsten Anteil derer auf, die sich nicht oder weniger wohlfühlen.

„Immerhin 16 Prozent der Kinder verbinden mit der Schule überwiegend negative Erfahrungen“, kommentiert Dr. Christian Schröder, Pressesprecher der LBS, die Ergebnisse. Zudem nimmt das Wohlbefinden in der Schule mit zunehmendem Alter ab. Innerhalb der Familie liegt der entsprechende Wert bei sieben Prozent, unter Freunden fühlen sich sogar nur vier Prozent unwohl.

Die Gründe hierfür können vielfältig sein: „Der Leistungsdruck steigt schon in der Schule immer weiter an, sodass viele Kinder diese nicht mehr als unbeschwertes Ort des Wohlfühlens und Lernens sehen“, erläutert Schröder. Dazu kommen vielfältige Konflikte der Kinder untereinander. Schule dürfe keine reine Bildungseinrichtung sein, sondern ein Ort, an dem Kinder gerne Zeit verbringen und der die Freude am Lernen fördert. Stärkere Betreuung bei schulischen Problemen, moderne Ausstattung und Rückzugsorte innerhalb der Gebäude sind einige der Möglichkeiten, dies zu erreichen.

Das Ergebnis zeigt auch, dass sich mit 87 Prozent die meisten der Befragten ‚gut‘ oder ‚sehr gut‘ bei Freunden fühlen. In der Familie sind es 71 Prozent, in der Schule aber nur 47 Prozent der Kinder.



© LVD5IGN/foolish.de

Über das LBS-Kinderbarometer

Gefördert von der LBS-Initiative Junge Familie und durchgeführt vom PROKIDS Institut Herten liefert das LBS-Kinderbarometer seit 1997 Ergebnisse zum Wohlbefinden der Kinder in Nordrhein-Westfalen. 2007 wurde es erstmals auf das gesamte Bundesgebiet ausgeweitet und liegt in dieser Form 2011 im dritten Durchgang vor. Schirmherrin dieses dritten Durchgangs ist die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Kristina Schröder. Das LBS-Kinderbarometer folgt Artikel 12 der UN-Kinderrechtskonvention und berücksichtigt gezielt den Kinderwillen, um diejenigen zu Wort kommen zu lassen, die an gewöhnlichen Partizipationsmöglichkeiten nicht teilnehmen können. Damit liegt der Fokus der Untersuchung auf dem aktuellen Wohlbefinden der Kinder und nicht auf dem zukünftigen Wohlbefinden als Erwachsene. Befragt werden rund 10.000 Kinder zwischen 9 und 14 Jahren aus dem gesamten Bundesgebiet. Die Verteilung zwischen den Bundesländern sowie zwischen Jungen und Mädchen folgt den demografischen Statistiken des Bundes.



Mit zunehmendem Alter sinkt das Wohlbefinden in der Schule. Insgesamt hat es sich gegenüber dem Kinderbarometer 2009 aber nicht deutlich verschlechtert.

Pflegeversicherung

Persönliche Versorgungslücke schließen

Wer sein Leben meistert, möchte auch im Alter nicht auf Unterstützung angewiesen sein. Doch steigt mit der höheren Lebenserwartung auch das Risiko im Alter pflegebedürftig zu werden. Die Kosten für eine gute Pflege sind enorm. Da die gesetzliche Pflegeversicherung eine Grundversorgung sicherstellt, wird häufig der Betroffene mit einem monatlichen Anteil beteiligt. Diese finanzielle Belastung im Pflegefall kann man durch eine rechtzeitige Vorsorgelösung absichern.

Im Pflegefall gilt: Kinder haften für ihre Eltern!

Es gibt eine Reihe von Themen, über die man nicht gerne spricht und lieber verdrängt, wie zum Beispiel die Patientenverfügung oder gesundheitliche Probleme. „Dazu gehört auch das Thema Pflege“, weiß Dr. Rainer Reitzler, Vorstandsvorsitzender der MÜNCHENER VEREIN Versicherungsgruppe. Auch angesichts der leeren gesetzlichen Pflegekassen sollte sich jeder stärker mit der Thematik und den Möglichkeiten einer privaten Pflegeabsicherung beschäftigen. Jüngere Generationen sind sogar gleich zweifach betroffen – durch ihr eigenes Pflegefallrisiko und das der Eltern, denn Kinder haften finanziell für ihre Eltern im Pflegefall!

Durch die steigende Lebenserwartung und den wachsenden Anteil älterer Menschen in der Bevölkerung erhöht sich das Pflegefallrisiko über alle Bevölkerungsschichten und Berufsgruppen hinweg stetig. Schon heute haben wir in Deutschland rund 2,5 Millionen Pflegebedürftige, in 10 Jahren werden es 20 % mehr sein. Dabei trifft die meisten Menschen eine Pflegesituation unvorhergesehen. Deshalb muss man rechtzeitig mit einer privaten Absicherung vorsorgen. Denn die gesetzliche Pflegepflichtversicherung stellt eine Grundversorgung sicher und beteiligt den Pflegebedürftigen an den Kosten. Erst wenn alle Ersparnisse aufgebraucht sind, hilft das Sozialamt. Jedoch greift das auch auf die volljährigen Kinder der Pflegebedürftigen zurück und nicht selten müssen die dann tief in die Tasche greifen.



© Yuri Arcurs - Fotolia.com

Beispielrechnung:

Was der schlimmste Fall, die Pflegestufe III mit Pflegeheim-Unterbringung finanziell bedeuten kann, zeigt folgendes Beispiel für eine Frau:

Monatliche Pflegeheimkosten	3.200 EUR
Leistungen aus der gesetzlichen Pflegepflichtversicherung in Pflegestufe III	1.550 EUR
Eigenanteil der Pflegebedürftigen an den Pflegekosten	1.650 EUR

Laut Deutscher Rentenversicherung Bund betrug 2009 die durchschnittliche Regelaltersrente 347 EUR in den alten und 787 EUR in den neuen Bundesländern. Ohne weiteres Einkommen entsteht dieser Frau eine finanzielle Lücke von monatlich 1.303 EUR/ bzw. 863 EUR.

Sich selbst und Erben schützen mit eigener privater Pflegevorsorge

Mit einer privaten Pflegezusatzversicherung, wie der DEUTSCHEN PRIVAT PFLEGE vom MÜNCHENER VEREIN – Partner des Versorgungswerks für den Öffentlichen Dienst ÖDMV, kann man die persönliche Versorgungslücke passgenau und flexibel schließen und sich sowie seine Angehörigen vor finanziellen Belastungen schützen. Zudem ist das Angebot des Münchner Unternehmens ohne Höchstaufnahmearter sowie pflegereformsicher und dynamisch gestaltet, sodass auch in Zukunft die Versorgungslücke geschlossen bleibt.

Weitere Informationen zur Pflege und Absicherung des Pflegefallrisikos sowie Berechnung des Beitrages zur privaten Pflegezusatzversicherung unter www.oedmv.de/vorsorgemoeglichkeiten/gesundheitsvorsorge/pflegezusatzversicherung

Für alle ab 55plus:

Eine ganz besondere Unfallvorsorge

Die Generation 55plus ist aktiver denn je – im Beruf wie auch in der Freizeit. Viele suchen noch einmal die ganz große Herausforderung, trainieren zum Beispiel für einen Marathon oder besteigen in den Alpen einen Viertausender. Andere gehen regelmäßig joggen oder halten sich mit Gymnastik fit. Wer sportlich aktiv ist, braucht besonders in der Freizeit eine gute Unfallversicherung mit organisierten Hilfeleistungen. Denn die gesetzliche Unfallversicherung leistet nur, wenn etwas am Arbeitsplatz oder auf dem Hin- und Rückweg passiert. Die meisten Unfälle passieren jedoch nach wie vor in den eigenen vier Wänden. Deshalb ist auch hier guter Schutz wichtig.

Eigentlich wollte Renate Solms an ihrem 60. Geburtstag für ihre Gäste nur ein paar frische Getränke aus dem Keller holen. Doch auf der Treppe rutschte sie aus, und das Geburtstagsfest nahm ein jähes Ende. Komplizierter Bruch des Oberarms lautete die Diagnose im Krankenhaus. Die sportliche Lehrerin konnte es kaum fassen. Auch nach monatelanger Reha und fleißigem Training hatte sich der Arm nicht vollständig erholt. „Mein geliebtes Tennistraining musste ich an den Nagel hängen“, schildert sie die Konsequenzen. Ein kleiner Trost: Sie hatte schon vor einigen Jahren eine Unfallversicherung über das dbb vorsorgewerk bei der DBV abgeschlossen. „Die hat mir in den ersten Wochen und Monaten nach dem Unfall viel geholfen.“ Die Versicherung schickte erst einmal einen ambulanten Pflegedienst. Denn gerade im Alltag brauchte Renate Solms Unterstützung: „Das Anziehen dauerte am Anfang fast 20 Minuten. Ich konnte den Arm ja gar nicht mehr anheben“, berichtet sie.



Quelle: AXA

Die Versicherung nannte auch spezialisierte Ärzte und Physiotherapeuten, klärte sie über Reha-Möglichkeiten- und -Einrichtungen auf. In den ersten Wochen lieferte ein täglicher Menüservice das Essen. Schon bald nach dem Unfall wurde eine einmalige Kapitalleistung gezahlt. Heute erhält Renate Solms aus der privaten Unfallversicherung eine lebenslange monatliche Rente in Höhe von 850 Euro, obwohl sie längst wieder in der Schule arbeiten kann. „Ich leiste mir jetzt eine Haushaltshilfe, denn der Arm wird wohl nie wieder ganz in Ordnung kommen.“

Das Angebot des dbb vorsorgewerk „BOXplus Aktiv Unfall“ bietet für alle ab 55 Jahren attraktive maßgeschneiderte Leistungen an. Ab einer Invalidität von 50 Prozent zahlt die Versicherung eine lebenslange monatliche Rente in der vereinbarten Höhe sowie eine Kapitalleistung. Zusätzliche wichtige Hilfsleistungen sind häusliche Grundpflege, Hausnotruf, Unterstützung bei Einkäufen und ein täglicher Menüservice.

Die BOXplus Aktiv Unfallversicherung bietet unabhängig von der Altersgruppe einen einheitlichen Beitrag. Je nach gewünschtem Versicherungsumfang beginnt der Monatsbeitrag für einen Mann bereits ab 19,82 Euro, bei einer Frau ab 27,35 Euro. Die Versicherung können dbb-Mitglieder und natürlich auch deren Angehörige bis zum 80. Lebensjahr abschließen – und von 3 Prozent dbb-Nachlass sowie von 10 Prozent Personenrabatt profitieren.

Lassen Sie sich von der Kundenbetreuung des dbb vorsorgewerk rund um „BOXplus Aktiv Unfall“ oder auch zu den weiteren Absicherungsmöglichkeiten beraten. Gerne wird Ihnen auch eine fachmännische Beratung vor Ort vermittelt. Die Kolleginnen und Kollegen sind für Sie da: montags bis freitags zwischen 8:00 und 18:00 Uhr unter der Rufnummer 030/4081 6444. Oder informieren Sie sich online unter www.dbb-vorsorgewerk.de

... und dann gehen wir in Pension



Zu einem Vortrag zu Versorgungsfragen für Ehepaare im Alter hatte der VBE-Stadtverband Düsseldorf in eine Düsseldorfer Hauptschule eingeladen. Ein Thema, das sowohl Ruheständler als auch aktive Kolleginnen und Kollegen, die sich auf den Ruhestand vorbereiten, interessiert.

Albert Hohenlöchter, der Leiter der VBE-Landesrechtsschutzstelle erläuterte zu Beginn seines Vortrages, der von einer kurzweilig gestalteten Präsentation über Beamer stichwortartig an die Wand projiziert wurde, die variable Antragsaltersgrenze zur Pensionierung und die zusätzlichen Möglichkeiten, frühzeitig in den Ruhestand zu gehen. Dies ist zum Beispiel möglich bei Schwerbehinderung oder Dienstunfähigkeit. Außerdem berechnete er an verschiedenen Beispielen die verbleibenden Versorgungsbezüge bei Tod eines Ehepartners, wenn beide im öffentlichen Dienst waren.

Schwerpunkt des Vortrages aber waren die komplizierten Berechnungen der Kosten, die bei Pflegebedürftigkeit anfallen. Da ging es zunächst um die Feststellung der Pflegebedürftigkeit im Sinne der §§ 14 und 15 des Sozialgesetzbuches XI durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen (MDK). Erst wenn eine Pflegestufe zuerkannt wird, sind Beihilfe bzw. Pflegeversicherung in der Pflicht, Teile der Pflegekosten zu tragen. Dieses Verfahren, das nur auf Antrag eingeleitet wird, stellt eine große Hürde dar, die übersprungen werden muss. Der MDK muss davon überzeugt werden, dass eine erhebliche Pflegebedürftigkeit, eine schwere oder gar eine Schwerstpflegebedürftigkeit vorliegt. In der Begutachtung wird nach Minuten festgehalten, für welche Tätigkeiten der

Antragsteller Hilfe braucht. Kommen dabei mindestens 90 Minuten täglich zusammen, ist die Pflegestufe 1 erreicht. Den Antragstellern sei geraten, nicht etwa aus falschem Stolz zu verschweigen, dass man doch nicht in der Lage ist, die Strümpfe selbst anzuziehen oder selbstständig die Haare zu waschen. Anderenfalls gäbe es dafür keine Minuten gutgeschrieben. Also reicht es eventuell nicht zu einer Pflegestufe.

Pflegestufe 1 bedeutet z. B. 235 Euro monatlich bei häuslicher Pflege durch selbst beschaffte Pflegehilfen. Bei vollstationärer Pflege 1023 Euro. Mit höherer Stufe steigen die Beträge bis auf 1.918 Euro bei besonderem Pflegebedarf. Umfangreiche Informationen über die verschiedensten Leistungen der Pflegeversicherung bietet das Bundesgesundheitsministerium im Internet unter www.bmg.bund.de.

Der Vortragende rechnete eine Menge Fallbeispiele vor und berücksichtigte dabei auch die erheblichen Leistungen der Beihilfe. Er kam nicht an unzähligen Fachausdrücken vorbei, dass den Zuhörern bald der Schädel brummt. Aber sie bekamen zum Schluss noch eine Hausaufgabe mit nach Hause. Ein „Arbeitsblatt“ (wie in der Schule) mit drei Fällen zum Selbstauffüllen. Natürlich waren kurze Erläuterungen dabei. Und wenn sie eine E-Mail-Adresse angeben konnten, erhalten sie eine 58-seitige PDF-Datei auf ihren Computer mit dem gesamten Vortrag. Davon waren sie begeistert.

Jürgen Fuhrmeister

PERSONALRATSWAHL 2012

 **VBE wählen!**

Infoveranstaltung und Rechtsberatung

Der Kreisverband Minden-Lübbecke hatte kürzlich zu einer Informationsveranstaltung in die Grundschule Gehlenbeck eingeladen. Die Vorsitzende, Silke Gillar, begrüßte als Experten in Fragen von Versetzung, Dienstunfall, Verbeamtung, Ruhestand und Elternzeit den Referenten Albert Hohenlöcher.

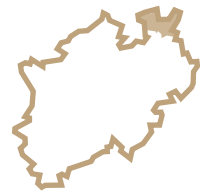


V.l.: Margarete Kiefer-Lückemeier, Silke Gillar, Gregor Kowall

Anschließend eröffnete sie die Mitgliederversammlung. Im Jahresrückblick ließ sie die Verbandsveranstaltungen 2011 Revue passieren. Für das Jahr 2012 sind wieder zahlreiche Veranstaltungen für Mitglieder und Gäste geplant.

Im Anschluss nahm Gillar die Ehrungen einiger Kolleginnen und Kollegen vor.

Margarete Kiefer-Lückemeier und Gregor Kowall wurden für ihre 50-jährige Mitgliedschaft im VBE geehrt. Gillar dankte insbesondere Kiefer-Lückemeier für ihre aktive Mitarbeit im Kreisvorstand in Funktion als stellvertretende Vorsitzende in den 1990er. In dieser Zeit stand sie auch als Mitglied im Kreispersonalrat sowie im Bezirkspersonalrat den Kolleginnen und Kollegen mit Rat und Tat zur Seite. Gillar bedankte sich bei den Jubilaren und überreichte ihnen Urkunden, Blumen und Präsente.



KV
Minden-
Lübbecke

Gesunde Lehrer – gesunde Schule

Immer weniger Lehrerinnen und Lehrer erreichen die Pension mit der normalen Altersgrenze. Oftmals sind stressbedingte Erkrankungen die Ursache für das frühe Ausscheiden aus dem Dienst.

Auf Einladung des VBE-Kreisverbandes Minden-Lübbecke stellte die Lehrerin und Familientherapeutin Elke Wehrmann-Horst ihr Konzept zur Stressbewältigung des oftmals hektischen Schulalltages vor.

Silke Gillar, Vorsitzende des VBE Minden-Lübbecke, eröffnete in der Grundschule Gehlenbeck die Veranstaltung. Die zahlreichen interessierten Besucher erfuhren dabei ganz praktisch, wie sie kleinere Entspannungspausen zur Erholung in den Schultag einbauen können. Neben diesen Pausen, sei aber besonders eine Einstellungsänderung für eine bessere Stressbewältigung wichtig. Die Kernaussage des Vortrages fand große Zustimmung: „Erschöpfte Lehrer verändern nichts mehr.“

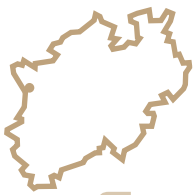


Silke Gillar (links) begrüßt die Lehrerin und Familientherapeutin Elke Wehrmann-Horst

Auf einer weiteren Veranstaltung, die am Mittwoch, dem 25.04.2012 in der Grundschule Gehlenbeck stattfand, hieß das Thema „Elterngespräche konstruktiv führen – Herausforderung für Lehrerinnen und Lehrer.“

Alle Veranstaltungen finden Sie auch auf der Internetseite des VBE unter www.vbe-mi.de

Veranstaltungsprogramm für 2012



OV Geldern

Auf der Mitgliederversammlung wurde das Veranstaltungsprogramm für 2012, das neben mehreren Themen für die Aktiven auch Programmpunkte für die Senioren vorsieht, vorgestellt und durch Vorschläge aus der Mitgliederrunde erweitert.

Folgende Jubilare des Ortsverbandes Geldern wurden geehrt: Herr Helmut Schraets, der bereits seit 25 Jahren Mitglied im VBE ist und Frau Ursula Mueser, die sogar auf eine 50-jährige Mitgliedschaft im VBE zurückblicken kann, wurden Anerkennung und Dank für ihre Treue ausgesprochen. Nach ihrer engagierten Arbeit im Schuldienst und im Verband blicken sie gern zurück auf ihre aktive Zeit und freuen sich auf den Austausch mit den jüngeren Vorstandskollegen bei den Verbandstreffen.

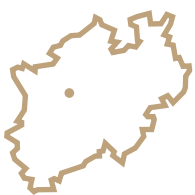


Von links: Helmut Schraets, Ursula Mueser, Ortsverbandsvorsitzende Rita Biermann



Vorstand 2012

Für seine engagierte, zuverlässige und gründliche Arbeit als Schriftführer im VBE-Ortsverband Geldern wurde Johannes Schmitz geehrt. Da er zum Ende des Schuljahres aus dem aktiven Dienst ausscheidet, gibt er seinen Vorstandsposten auf. Hier steht er eingearhmt von den Damen des aktuellen Vorstandes: links von ihm Eva van Eickels, stellvertretende Vorsitzende und rechts neben ihm Rita Biermann, Vorsitzende. Seine Aufgaben übernehmen wird Vanessa Moser (links). Ganz rechts im Bild ist die Kassiererin der Gelderner Ortsgruppe zu sehen: Marianne Kluth-Verweyen.



StV Gelsenkirchen

Wechsel im Vorstand

Auf der diesjährigen Hauptversammlung des Stadtverbandes Gelsenkirchen wurde die langjährige Vorsitzende Hildegard Wüstefeld als 1. Vorsitzende verabschiedet. Der Ehrenvorsitzende Theo Berkel erinnerte mit launigen Worten an das 22 Jahre währende erfolgreiche Wirken für den Stadtverband und ebenso an die Mitarbeit im ÖPR (früher G/H-Personalrat) jetzt Grundschulpersonalrat. Wüstefeld setzt sich schon mehr als 25 Jahre für die Interessen und Belange Gelsenkirchener Kolleginnen und Kollegen ein. Als Dank für die besonderen Verdienste für den VBE, auch innerhalb des Bezirks- und Landesverbandes, wurde Wüstefeld mit der Overberg-Medaille ausgezeichnet. Auch in Zukunft wird Wüstefeld in ihrer Eigenschaft als Stellvertreterin der neu gewählten 1. Vorsitzenden Ursula Gurski die Geschicke des Stadtverbandes mitgestalten.

Manfred Schumacher



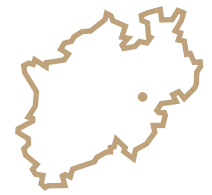
Aktuelle Themen aus der Schulpolitik

Auf der Tagesordnung der Jahreshauptversammlung des VBE-Ortsverbandes Warstein stand neben den üblichen Regularien ein Referat der hiesigen Landtagsabgeordneten Marlies Stotz zu aktuellen Themen der Schulpolitik. Stotz zeigte sich gut informiert und hatte volles Verständnis für die Anliegen der anwesenden Lehrerinnen und Lehrer. Zum sehr ergiebigen Thema Inklusion blieben viele Fragen offen, eine vollständige Umsetzung hätte aber noch Zeit bis 2020, bemerkte sie abschließend.

Ebenso fand das Thema Sekundarschulen reges Interesse. Die Gründung einer Sekundarschule mit 75 Schülern wäre für Warstein zurzeit kein Problem, da aber feststeht, dass die Schülerzahlen in Zukunft stark sinken werden, fragten sich die Anwesenden nach den Konsequenzen für den Bestand dieser Schule im Ort.



Keine Überraschung gab es bei den Wahlen. Die Wiederwahl von Hans-Jürgen Hense als 2. Vorsitzender, von Elisabeth Meinold als Schriftführerin und von Ulrike Brandner als Kassiererin war nur eine Formsache.



OV Warstein

Vorstellung der Personalratskandidat(inn)en

Im Vorfeld der Jahreshauptversammlung des Stadtverbandes Bielefeld überraschte der Vorsitzende, Bernhard Weege, zwei Jubilarinnen, die auf eine über 40-jährige Mitgliedschaft im VBE zurückblicken können, mit Blumengruß und Urkunde zu Hause.

In der Versammlung bedankte er sich bei Uta Hammerschmidt, die elf Jahre lang als AdJ-Sprecherin fungierte, für das Engagement in diesem wichtigen Bereich. Als Nachfolgerin wurde Nicola Meinholz einstimmig gewählt.



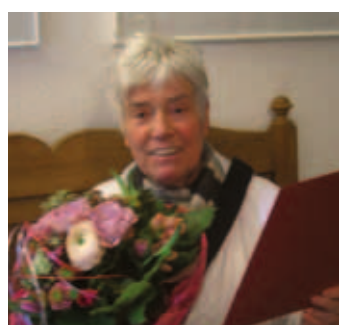
Uta Hammerschmidt (rechts im Bild) und Nicola Meinholz.

Besonderen Anklang fand die Vorstellungsrunde der Kandidatinnen/Kandidaten, die für den Personalrat kandidieren.

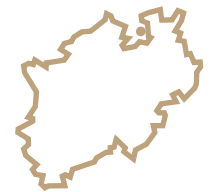
Den Abschluss bildete ein Meinungsaustausch, bei dem auch die kulinarische Versorgung nicht zu kurz kam.



Bernhard Weege gratuliert Herlinde Jolk.



Ingeborg Kailuweit freute sich sehr über den Blumenstrauß.



StV Bielefeld

Unsere Jugendzeitschriften



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich stelle Ihnen wieder die neuesten Heftthemen der Schul-Jugendzeitschriften, die der VBE als einziger Lehrerverband für seine Schülerinnen und Schüler herausgibt, vor. Wir Lehrerinnen und Lehrer dürfen diese pädagogisch anerkannten Zeitschriften Kindern und Eltern zum Bezug empfehlen! Mit dieser Leseempfehlung machen wir uns für das Lesen stark!

Bitte empfehlen Sie unsere Schul-Jugendzeitschriften!

Hans-Gerd Scheidle,

Stv. Landesvorsitzender VBE NRW

FLOHKISTE für die 1. Klasse



Nr. 12
(erscheint am 14. Mai):

Luft steckt überall

Nicht nur in Seifenblasen. Luft ist stark und wenn sich Luft bewegt, kann einen das sogar umhauen!

Das Thema dieses Heftes

ist 4. Lesefitness-Check! Heft enthält auch Grundlage für 6. Mathefitness-Check!



Nr. 13
(erscheint am 28. Mai):

Wo wohnst du?

Reihenhaus, Ein- oder Mehrfamilienhaus? Hochhaus? Egal – du hast immer eine Adresse, wo dich der Briefträger

finden kann. Auch wenn dein Briefkasten mal „vermietet“ sein sollte ...

FLOHKISTE für die 2. Klasse



Nr. 12
(erscheint am 14. Mai):

Ketchup wächst am Strauch

Und Kartoffeln in der Erde. Auch wenn es bei uns das ganze Jahr Gemüse immer frisch zu kaufen gibt, soll-

ten wir wissen, wann welches bei uns im Land geerntet wird. *Die Geschichte „Seeräuber Zwiebel“ ist 6. Leseverständnis-Check! Heft enthält auch Grundlage für 6. Mathefitness-Check!*



Nr. 13
(erscheint am 28. Mai):

Bist du kratzbürstig?

Aber jeder Kaktus hat auch mal Blüten. Zeig dich doch auch von deiner besten Seite! Zusammenleben ist nicht immer

einfach, aber jeder kann viel dazu beitragen, dass es einfach ist.

floh! für die 3. und 4. Klasse



Nr. 12
(erscheint am 14. Mai):

Leben im Wandel

Der Mensch stammt vom Affen ab? Weil diese Aussage oberflächlich und falsch ist, sollten Kinder die Entwicklungsgeschichte von Mensch und Tier in ihren Grundzügen kennen lernen.

Das Heft enthält Grundlage für Lesefitness-Check und Mathefitness-Check!



Nr. 13
(erscheint am 28. Mai):

Europa

Die Fußball-Europameisterschaft in Polen und der Ukraine ist 2012 ein Sport-Highlight. Politisch gesehen spielen viele teilnehmende

Nationen zusammen in einem „Team“: der Europäischen Union. *Heft enthält Grundlage für Lesefitness-Check und Mathefitness-Check!*

Unsere Jugendzeitschriften können Sie online oder per Fax unter www.domino-verlag.de (entsprechendes Fax-Formular ist abrufbar!) bestellen.

ich TU WAS! – die WISSENSzeitschrift für Mensch – Natur – Technik – Umwelt

Ausgabe 1 für die 1. bis 3. Schulstufe

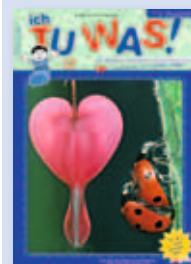


Mai:

Ran ans Gemüse!

Das gilt nicht nur für Schnecken, sondern auch für Gärtner. Die müssen jetzt säen und pflanzen, damit es im Sommer und Herbst Gemüse zu ernten gibt.

Ausgabe 2 ab der 4. Schulstufe



Mai:

Liebesleben der Tiere

Alle Tiere und Pflanzen versuchen, sich so erfolgreich wie möglich zu vermehren. Ohne Fortpflanzung gäbe es kein Leben auf der Erde! Die Natur hat dafür die Sexualität erfunden:

bessere Chancen für die Nachkommen im Überlebenskampf! Tier des Monats: die Erdkröte.

O!KAY! – die Englischzeitschrift vom FLOH

Start with English



May:

Action at school

Paint, look, ask, answer, count, picture, number und letter – mit den New words rund um das Thema „Action in der Schule“ können die Kinder nun

beschreiben, wie ihr Schultag aussieht.

Go on with English



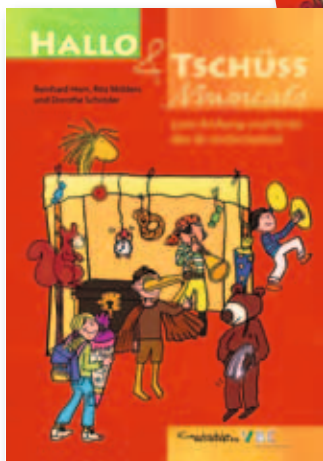
May:

Clothes

Was möchte ich anziehen? Jeans und T-Shirt, doch einen Rock? Und welche Schuhe passen dazu? In der Mai-Ausgabe dreht sich alles um das Thema „Clothes“ mit den New words *put on, take*

off, wear, jeans, T-shirt, sweatshirt, skirt und shoes.

Ein kostenloses Probeheft können Sie online anfordern unter www.floh.de/probehefte_lehrer



Hallo & Tschüss Musicals

zum Anfang und Ende der Grundschulzeit

Texte: Rita Mölders, Dorothe Schröder • Musik: Reinhard Horn

Vier tolle Musicals zur Einschulung und Schulentlassung. Zu allen Musicals gibt es Vorschläge für die Kostüm- und Bühnengestaltung und viele kreative Tipps und Handlungsvarianten. Im Buch und auf der CD findet man neben den Liedern und Playbacks Bastelanleitungen für Stab- und Sockenpuppen und Vorschläge für Kulissenbilder.

Die praxiserprobten Musicals eignen sich sowohl für kleinere Gruppen, als auch für ganze Klassen und sind eine große Hilfe, den Tag der Einschulung und die Entlassungsfeier zu ganz besonderen Momenten und unvergesslichen Erlebnissen werden zu lassen. Das Publikum und die Mitwirkenden werden begeistert sein.

Zielgruppe: Kinder, Lehrer/-innen, Schulchöre

Alter: 6–10 Jahre

Buch, 96 Seiten, Hardcover, 4-farbig

Bestell-Nr. 2033

Preis: 17,80 EUR

Sonderpreis für VBE-Mitglieder: 15,30 EUR

CD: Spielzeit ca. 75 min

Bestell-Nr. 9017

Preis: 13,90 EUR

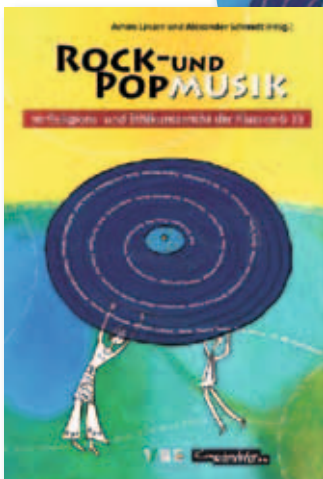
Sonderpreis für VBE-Mitglieder: 12,00 EUR

Playback-CD: Spielzeit ca. 65 min

Bestell-Nr. 9018

15,90 EUR

Sonderpreis für VBE-Mitglieder: 13,60 EUR



Rock- und Popmusik

im Religions- und Ethikunterricht der Klassen 6–13 (Buch/Schülerheft/CD)

herausgegeben von: Achim Linsen und Alexander Schmidt

Musik u. a. von: Herbert Grönemeyer, Die Toten Hosen, Eric Clapton, Michael Jackson, Nena
In Kooperation mit dem Kontakte Musikverlag

In vielen Texten der Rock- und Popmusik werden Lebensfragen aufgegriffen und angesprochen. Sie können daher gute Impulse und Ausgangspunkte für Gespräch und Unterricht sein. Achim Linsen und Alexander Schmidt haben in diesem Buch Songs aus der Pop- und Rockmusik ausgewählt und für den Unterricht mit vielen Ideen, Anregungen und Impulsen versehen.

Das Buch bietet Unterrichtsvorschläge zu verschiedenen Themen wie: Partnerschaft/Liebe/Sexualität; Sinn des Lebens; Sterben/Tod/Trauer; Frieden/Gerechtigkeit/Bewahrung der Schöpfung usw.

Das Schülerheft enthält alle Liedtexte für den Unterricht.

Zielgruppen: Sekundarstufe I/II (Religion, Ethik, praktische Philosophie), Gemeinde, Jugendarbeit

Alter: ab 12 Jahren

Buch: ca. 96 Seiten, geb. Ausgabe

Best.-Nr. 2027

Preis: 14,80 EUR

Schülerheft: ca. 36 Seiten

Best.-Nr. 2028

Preis: 5,00 EUR

CD: Spielzeit ca. 65 min

Best.-Nr. 9016

Preis: 17,80 EUR

Gesamtpaket (Buch, Schülerheft, CD)

Best.-Nr. 2029

Preis für VBE-Mitglieder: 33,00 EUR

regulär 37,60 EUR

Bestellungen bitte an:

VBE Verlag NRW GmbH
Westfalendamm 247
44141 Dortmund

Telefon: 0231 – 42 00 61
(mo. bis do. 9.30 – 15.30 Uhr,
freitags 10.30 – 13.30 Uhr)
Telefax: 0231 – 43 38 64

www.vbe-verlag.de
mit Online-Shop
info@vbe-verlag.de



Verband Bildung und Erziehung
Landesverband NRW

Innerhalb Deutschlands portofreier Mindestbestellwert 30,- EUR, andernfalls Porto- und Versandkosten 3,00 EUR.

Heinz Klippert
Unterrichtsvorbereitung leicht gemacht

80 Bausteine zur Förderung selbstständigen Lernens

ISBN 978-3-407-62798-8
 Beltz, 1. Auflage 2012
 318 Seiten, Preis: 29,95 EUR



Die Krux vieler Lehrer: Gerne würden sie ihren Unterricht anspruchsvoller gestalten, doch ihnen fehlt schlicht die Zeit zur Vorbereitung. Dieses Problem löst der Unterrichtsreformer Heinz Klippert mit seinem neuen Buch. Er zeigt, dass wirksamer Unterricht bestimmten Grundmustern folgt, und dokumentiert 80 Unterrichtsabläufe. Planen Sie Ihren Unterricht mit Klipperts Lernspiralen: Weil wirksamer Unterricht bestimmten Grundmustern folgt, können Sie ausgehend von Ihrer Grundidee den passenden Ablauf nachschlagen. Ganz gleich, ob Sie in Ihrer Stunde einen Sachtext, einen Kurzfilm oder eine Rechercheaufgabe bearbeiten möchten, mit diesen 80 Bausteinen lässt sich ein anspruchsvoller Unterricht schnell und sicher vorbereiten.

Monika Braune, Andrea Prym-Bruck
Kindentwöhnt?

Warum Hänchen nicht mehr allein durch die Welt gehen oder Wie Kindheit heute doch noch gelingen kann

ISBN 978-3-86858-778-4,
 250 Seiten, Preis: 16,90 EUR



Gesellschaftliche Rahmenbedingungen verändern sich heute an vielen Stellen zum Negativen, besonders für die heranwachsende Generation. Wir brauchen junge Menschen, die den Herausforderungen gewachsen sind und sich ihnen auch stellen. Mit diesem Buch möchten wir zeigen, dass nicht nur Hoffnung besteht, sondern, dass ein Mix aus seelischer Wärme, Ansporn zum Lernen, viel Bewegung und stabile Rahmenbedingungen einen außerordentlich positiven Anreiz zur Sozialisation von Kindern aus allen Gesellschaftsschichten darstellt. Es soll Mut machen, vielleicht ungewöhnliche, nicht immer leichte Wege zu gehen, einfache Dinge wieder wahrzunehmen und umzusetzen, eventuell aber auch auf Privilegien und Vorteile im Interesse der Gemeinschaft zu verzichten ... denn:

„In der Verbindung von Innovation und Solidarität liegt der Kern zukunfts-trächtiger Entscheidungen.“

Mauerzeit.
1961-1989
Als fliehen tödlich sein konnte.

Geschichten und Berichte von Zeitzeugen

320 Seiten mit vielen Abbildungen, Ortsregister, Chronologie, Zeitgut Verlag. ISBN 978-3-86614-192-6, Preis: 13,90 EUR

28 Jahre trennten Mauern, Stacheldraht, Selbstschussanlagen und Minen die Menschen in Ost und West. Und eine ganze Generation wuchs in diesem Zeitraum im Schatten der Mauer neu heran. Sie lebten mit der Sehnsucht, die übrige Welt kennenzulernen. Und sie hatten Wünsche und Ideen, was alles zu machen wäre, wenn man nur „raus“ käme. Dieses Buch erzählt, was Menschen alles taten, um die Mauer zu überwinden.



Ulrike Rohr
Vertretungsstunden to go
Deutsch – Klasse 5/6

Sinnvolle Inhalte für spontanen Unterricht

Verlag an der Ruhr
 ISBN-13: 978-3-8346-0970-0, Preis: 19,90 EUR

Informationen zu Reihe
 Überraschende Vertretungsstunden in fremden Klassen oder Einzelstunden vor Ferien und Feiertagen, in denen es sich nicht lohnt, ein neues Thema zu beginnen: Statt die Schüler einfach ihre Hausaufgaben erledigen zu lassen, füllen Sie solche Stunden nun jederzeit sinnvoll – und das aus dem Stegreif! Anhand fertiger Arbeitsblätter mit Aufgaben, Rätseln und Spielanleitungen, die jeweils genau eine Stunde abdecken, wiederholen und vertiefen die Schüler gezielt Lehrplaninhalte. Die Angabe der geförderten Kompetenz und des zugehörigen Lehrplanthemas ermöglichen Ihnen die blitzschnelle Auswahl. Mit dieser Materialsammlung sind Sie so für alle Eventualitäten bestens gerüstet!



Klassenfahrten nach Berlin
 (Incl. Transfer, Unterkunft, Programmgestaltung nach Absprache)
 Broschüre anfordern bei:
Biss, Fichtestraße 30, 10967 Berlin,
 Tel. (0 30) 6 93 65 30 · www.berlin-mit-biss.de



Körpersprache im Unterricht

Soziale Kompetenz ist erlernbar!

Körpersprache ist ein wichtiges Ausdrucksmittel und hat nichts mit Schauspielerei zu tun. Auch in der Schule, wo viel mit unterschiedlichen Gesprächspartnern (Eltern, Schülern, Kollegen, Schulleitung etc.) kommuniziert wird, ist oft entscheidend, was nonverbal ausgedrückt wird. Deshalb bietet der VBE allen interessierten Kolleginnen und Kollegen diese Fortbildung an.

© contrastwerkstatt - Fotolia.com

PROGRAMMABLAUF

- Ab 15:00 Uhr** Stehkafee
- 15:30 Uhr** Begrüßung
- 15:40 Uhr** Vortrag „Körpersprache im Unterricht – Soziale Kompetenz ist erlernbar“
Prof. Dr. Rudolf Heidemann, Pädagogische Hochschule Ludwigsburg
- Anschließend Möglichkeit für Nachfragen
- ca. 18.00 Uhr** Schlusswort / Ende der Veranstaltung

Die jeweiligen Bezirke bieten diese Veranstaltung zu den folgenden Terminen an:

Bezirk	Datum	Veranstaltungsort	Anmeldung per Mail an:
Köln	02.05.2012	Heinrich-Schieffer-Hauptschule Dellbrücker Mauspfad 198, 50735 Köln	Klaus-Detlev Lohmann detlevlohmann@netcologne.de
Arnsberg	09.05.2012	VBE NRW Westfalendamm 247, 44141 Dortmund	Rita Mölders r.moelders@vbe-nrw.de
Detmold	14.05.2012	Hotel Victoria Bahnhofstr. 35, 33161 Hövelhof	Michael Wlaschek m.wlaschek@vbe-nrw.de
Düsseldorf	15.05.2012	Fritz-Henkel-Schule, Städt. Gemeinschaftshauptschule Stettiner Str. 98, 40595 Düsseldorf (Garath)	Wolfgang Heinowski w.heinowski@vbe-nrw.de
Münster	23.05.2012	Heimvolkshochschule G. Könzgen Annaberg 40, 45721 Haltern am See	Roswitha Lührmann r.luehrmann@vbe-nrw.de
Arnsberg	24.05.2012	Tafelhaus Am Walzwerk 19, 45527 Hattingen	Gaby Bracht g.bracht@vbe-nrw.de

Bitte melden Sie sich rechtzeitig bei den jeweiligen Ansprechpartnern per Mail an, da nur eine begrenzte Anzahl von Plätzen zur Verfügung steht.



Verband Bildung und Erziehung
www.lehrergewerkschaft.de



PERSONALRATSWAHL 2012 ~~V~~**BE** wählen!

VBE – Mission possible !

Gleiche Arbeit – gleicher Lohn



VBE

Verband Bildung und Erziehung
www.lehrergewerkschaft.de